

**Gegen die „marktkonforme Demokratie“ für eine
Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft**

**Neue Arbeit als Grundlage einer Neuen
Wirtschaftsdemokratie**

Gliederung

1. Einleitung	3
2. Neue Arbeit: Ergebnis und treibende Kraft epochaler Umbrüche	5
3. Vor dem Hintergrund neuer Arbeit: breiter Konsens über Demokratisierungspotentiale?	7
4. Der Kampf um eine Demokratisierung von Arbeit	14
5. Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft: Alte und neue Wirtschaftsdemokratie	16
6. Ein Zwischenfazit und ein paar unumgängliche philosophische Vertiefungen	19
7. Das neue vergoldete Zeitalter und die „marktkonforme Demokratie“ als Weg zu weiterer Postdemokratisierung und Refeudalisierung	26
8. Neue Wirtschaftsdemokratie: Ansatzpunkt einer nachhaltigen Gestaltung von Arbeit und Leben	30
9. Neue Wirtschaftsdemokratie und die Eröffnung neuer Denk und Diskussionsräume	32
10. Schlussbemerkung	35
Literatur	38

Sein Jahrhundert bricht nunmehr an, / so sagen uns kluge Beobachter / des Wandels unserer industriellen Welt. / Und dringend brauchen wir ihn sodann, / seine Tugenden, mit Bedacht. Er / ist es, der unseren Wirtschaftsstandort erhält./

Denn er denkt mit / und er zeigt Initiative, / ist anspruchsvoll, auch gegen sich, / und wird niemals müde. / Er organisiert sich im Team, / verfolgt die vereinbarten Ziele, / ist als Singel mit seinem PC intim, / und zum Glück gibt es von ihm so viele. /

Als moderner Typus menschlicher Arbeitskraft / Ist er es, der unsere Zukunft erschafft. / Er ist's der den Mythos der Arbeit erhält, / fort dauern lässt die arbeitszentrierte Welt. / Er, männlich, der Arbeitswelt hingegeben, / die Sinn gibt, seine Zeit frisst, sein Leben./

Hernach denkt er nicht lange, / zeigt kaum einmal Initiative, / ist anspruchslos, grad gegen sich, / ist oftmals auch viel zu müde. / Sie organisiert zu Hause das Team, / müht sich noch um gemeinsame Ziele. / Er als Singel mit seiner Arbeit Mühe / zehrt von der Substanz seiner Kleinfamilie.

Doch als Repräsentant dieses Typus von Arbeitskraft, / der teilautonom, selbstreflektiert Werte schafft, / der als männliche Form der Sorge die Arbeit / zugleich weiter heiligt wie eine letzte Wahrheit, / denkt und sucht er auch weiter, er ist doch der, / der vielleicht auch einmal Dichter seines Lebens wär'. /

Aber das denkt er nicht allein, / dies Bewusstsein ist ein „Dazwischensein“. / Im Netz mit Anderen, da ließ' es sich finden, / Zu anderen, neuen Sinnstiftungen verbinden. / Der flexible Mensch fänd' sich am Ende neu, / ja womöglich würd' er etwas arbeitsscheu. / Himmel, der Wirtschaftsstandort geriet in Gefahr, / wenn er nachhaltig dächte, was noch nie so war!

Der Arbeitskraftunternehmer aus diesem Grunde / und zu unser aller Wohl in dieser Stunde / bleibt deshalb sehr sorgfältig eingebunden / in Zielvorgaben, über die er nie selbst befunden, / Scheinselbständig, teilautonom nur zu gewissem Grad, / fern von schnödem Interessenstreit, weiter laufend im Hamsterrad. /

Und dann denkt er wieder mit, / und er zeigt Initiative, / Ist anspruchsvoll, auch gegen sich, / und wird niemals müde. / Er organisiert sich im Team, / verfolgt die vereinbarten Ziele, / ist als Singel mit seinem PC intim, / und zum Glück gibt es von ihm so viele.

Helmut Martens 2000

Gegen die „marktkonforme Demokratie“ für eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft. Neue Arbeit als Grundlage einer Neuen Wirtschaftsdemokratie¹

1. Einleitung

„Neue Arbeit“ im Zeichen von Subjektivierung, stetig forcierter Flexibilisierung und so teilweiser Entgrenzung der Erwerbsarbeit ist seit mehreren Jahrzehnten das

¹ Ich danke Gerd Peter für konstruktiv-kritische Hinweise zu diesem Aufsatz, den ich als Autor aber selbstverständlich allein verantwortete.

herausgehobene Thema der Arbeitssoziologie. Es geht hier um tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche. Sie haben einerseits die fortschreitende Digitalisierung von Arbeit zur Voraussetzung, andererseits aber auch die fortschreitende Entbettung der Märkte im Zeichen eines immer noch ungebrochenen neoliberalen Markttradikalismus. Wer diese Entwicklung auch nach der neuen Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise und angesichts einer nur vor uns hergeschobenen Krise der Europäischen Union im ungebrochenen Glauben an vermeintliche Selbstheilungskräfte der Märkte weiter forcieren will, spricht, wie die Bundeskanzlerin in ihrer Davoser Rede (Merkel 2013), durchaus folgerichtig davon, dass es darum gehe, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten der EU zu erhöhen, und zwar nicht nur auf einem mittleren Niveau. Im Blick auf die Bewältigung der Krise der EU erscheint aus der gleichen Perspektive heraus dringlich, dass die Politik in der Verfolgung ihrer Austeritätspolitik rasch und angemessen auf die Märkte reagieren kann. In diesem Sinne hat die Bundeskanzlerin im Zusammenhang mit dem europäischen Stabilitätspakt EFSF davon gesprochen, es gelte „Wege (zu) finden, die parlamentarische Mitbestimmung (!) so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben“ (Merkel 2011). Es geht unter diesem Blickwinkel immer um globale Standortkonkurrenz nicht nur zwischen Unternehmen sondern auch zwischen „Wettbewerbsstaaten“ – und zugleich geht es um die Frage, ob und wie die Gesellschaft zu einer „marktkonformen Demokratie“ weiter zu entwickeln ist, d. h. um „die politische Vision einer dem Markt gehorchenden Demokratie (...) weil fast alle politischen und gesellschaftlichen Eliten die Theorie, dass der Markt es besser weiß als man selbst, mit einem Naturgesetz verwechseln“ (Schirmacher 2013, 172).

Auch die aktuellen deutschen Debatten um „Industrie 4.0“ und „Arbeit 4.0“ bewegen sich im Rahmen einer solchen Logik. Sie zielen darauf ab, globale Wettbewerbsfähigkeit und Interessenausgleiche innerhalb eines nationalstaatlichen Rahmens unter den Bedingungen weiterhin neoliberal entbetteter Märkte zu gewährleisten. Dass die multiplen gesellschaftlichen Krisenprozesse sich derweil zu immer neuen „Problemwolken“ (Zinn 2015, 108) auftürmen, ist freilich unübersehbar. Wer deshalb einer solchen Politik attestiert, dass sie in einer Kette verfangen ist, die von Selbsttäuschungen, Täuschungen und auch Lügen hin zu Ideologisierung und schließlich auch Wirklichkeitsverlusten führt – ähnlich wie das Hannah Arendt seinerzeit für die Südostasien- und Vietnampolitik der USA analysiert hat - (Arendt 2011, Martens 2016a, 111ff), der ist genötigt, in eben dieser Entwicklung, in der, im Blick zunächst auf die Sphäre der Ökonomie die „Neue Arbeit“ zugleich Ergebnis und treibende Kraft der epochalen Umbrüche ist, danach zu fragen, ob aus ihr nicht auch neue Potentiale zu einer wirklichen Demokratisierung von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft erwachsen.

Gegenwärtig findet auf der Grundlage der eben skizzierten Entwicklungen in Betrieben und Unternehmen ein Kampf um die Demokratisierung der Arbeit statt. Eng verschränkt mit gewerkschaftlichen Kampagnen für „Gute Arbeit“, Beteiligung und Mitbestimmung hat sich dazu eine breite gewerkschaftliche wie auch

sozialwissenschaftliche Debatte entwickelt. Die greife ich im Folgenden auf, und hier sehe ich Grundlagen für das Konzept einer „neuen Wirtschaftsdemokratie“. Ein solches Konzept kann allerdings nur Konturen entwickeln, wenn man alte und neue Wirtschaftsdemokratie sorgfältig unterscheidet. Dazu muss man zunächst erkennen, dass Wirtschaftsdemokratie ein sehr voraussetzungsvoller Begriff ist und dass man sie – wie Arbeit – heute neu denken muss. Ich werde deshalb einen kritischen Blick auf die „alte Wirtschaftsdemokratie“ werfen, also die Überlegungen, die Fritz Naphtali (1977/28) für den ADGB vor der ersten großen Weltwirtschaftskrise von 1929ff entwickelt hat. So komme ich zu einigen „Eckpunkten“ von denen her man Wirtschaftsdemokratie heute unter den Bedingungen „neuer Arbeit“ und eines „neuen vergoldeten Zeitalters“ neu denken muss – dies aber auch angesichts der Tatsache, dass die für die alte Wirtschaftsdemokratie noch selbstverständliche Orientierung auf eine sozialistische Gesellschaft nach der Implosion der Staaten des sogenannten „Realsozialismus“ jedenfalls für die Menschen in Europa in ihrer überwiegenden Mehrheit zutiefst fragwürdig geworden ist. Ich lege auch deshalb einen besonderen Akzent auf die Demokratiefrage und stelle Neue Wirtschaftsdemokratie zunächst der „Marktkonformen Demokratie“ und den Tendenzen der Postdemokratisierung (Crouch 2008) gegenüber, die nach meiner Überzeugung aus ihrer inneren Logik heraus auf eine Refeudalisierung des Kapitalismus hinauslaufen (Martens 2016a). Dagegen möchte ich zeigen, dass und wie eine Demokratisierung von Arbeit *und* Wirtschaft im Sinne einer neuen Wirtschaftsdemokratie eine Alternative und ein Reformkonzept im Kapitalismus sein kann. Eine solche Alternative zu denken bedeutet aber gleichwohl tiefgreifende Veränderungen ins Auge zu fassen. Das fällt offenkundig schwer - auch noch nach den Erfahrungen von Weltfinanz-, Weltwirtschafts- und Europakrise. Es ist deshalb ratsam, sich einiger philosophischer Hintergrundüberlegungen zu vergewissern – solcher, die für die „alte Wirtschaftsdemokratie“ bestimmend waren und solcher, von denen die gegenwärtigen Vorschläge für eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft ausgehen. Es erscheint mir wichtig auch darüber Klarheit zu gewinnen, wenn man nicht nur wissenschaftlich zeigen sondern politisch überzeugend darlegen will, dass eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ demokratische Prozesse im Hinblick auf eine nachhaltige Gestaltung von Arbeit und Leben auslösen und so auf eine offene Zukunft hin ein wichtiger Impuls für eine weitergehende „große Transformation“ sein kann.

2. Neue Arbeit“: Ergebnis und treibende Kraft epochaler Umbrüche

„Neue Arbeit“ ist ein ganz wesentlicher Ausgangspunkt meiner Überlegungen. Die Subjektivierung, Entgrenzung und Flexibilisierung von Arbeit beschäftigt die Arbeits- und Industriesoziologen seit inzwischen mehr als zwanzig Jahren – von der „normativen Subjektivierung“ (Baethge 1991) über den „Arbeitskraftunternehmer“ (Voß/Pongratz 1998) und weiter die Debatten um die Subjektivierung von Arbeit in der Perspektive zunehmender Selbstunterwerfung der Arbeitenden unter neu freigesetzte Marktwänge (Moldaschl/Voß 2002) bis hin zu den Analysen von „Arbeit

im Übergang“ (Sauer 2005) und den damit verknüpften „Grenzkonflikten der Arbeit (Peter 2007). Diese Entwicklung ist selbstredend nicht zu trennen von der fortschreitenden Digitalisierung. Zu Beginn des Jahrhunderts – also im Zeichen des „New-Economy-Hypes“ (Martens 2005) und noch einige Jahre vor Weltfinanz- und neuer Weltwirtschaftskrise (Krugman 2009) - wurden damit im politischen Diskurs große Verheißungen verknüpft. In den Debatten um ein neues gewerkschaftliches Grundsatzprogramm um die Mitte der 1990er Jahre sahen nicht nur Journalisten oder manche Soziologen, sondern auch manche Gewerkschafter durchaus optimistisch auf die Potentiale neuer Arbeit (Gewerkschaftliche Monatshefte 11/94). Vom „aufrechten Gang“ in der Arbeitswelt war in manchen Einschätzungen von Journalisten, die auch in der gewerkschaftlichen Programmdebatte zu Wort kamen, sogar die Rede (Deckstein/Felixberger 2000). Die Debatten waren dann zu Beginn des neuen Jahrhunderts zwar kontrovers, aber prägend blieb eher eine „Tendenz entdramatisierender Bewertung der Entwicklung“, allerdings „zunehmend ohne Aussicht auf Alternativen im Bezugsrahmen neoliberaler Konzepte. Und die damals „noch gute Konjunktur der Wirtschaft“ schob Zuspitzungen in Fragen der Beschäftigungspolitik (noch) hinaus“ (Martens 2001,15).² Dass „gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit“ für die Arbeitenden zu einem Widerstreit „zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung“ führen müsse (Martens/Peter/Wolf 2001), wurde dann eine der Ausgangsüberlegungen, von denen her das „Forum Neue Politik der Arbeit“ (FNPA) seit 2001/2 seine Debatten organisiert hat. Und wie die seitherige Entwicklung gezeigt hat, waren solche kritischen Einschätzungen wohlbegründet: Die Szenarien, die z.B. Robert Castel unter der Formel von „Metamorphosen der sozialen Frage“ schon im Ausgang des 20. Jahrhunderts gezeichnet hat (Castel 2000), haben sich seither weitgehend bestätigt. „Prekarität, Abstieg und Ausgrenzung“ (Castel/Dörre 2009) sind ein Kennzeichen der Entwicklung. Und die in Deutschland mit der Agenda 2010 in Gang gesetzten Abstiegsspiralen sind trotz einiger späterer Korrekturen keineswegs gestoppt. Vielmehr fungierten die mit ihr verknüpften tiefen sozialpolitischen Einschnitte zuletzt gewissermaßen als Blaupause für ähnliche Maßnahmen in Frankreich (Duval 2014). Zwar kündigt die deutsche Sozialdemokratie im beginnenden Bundestagswahlkampf 2017 vor dem Hintergrund günstiger Konjunkturdaten begrenzte Kurskorrekturen an; aber die Herausforderungen, die sich im Zeichen fortschreitender Digitalisierung mittelfristig abzeichnen, werden in der politischen Öffentlichkeit noch kaum erörtert.

Der arbeitssoziologische Diskurs zielte nach dem Ende des New-Economy-Hype in seinem Mainstream auf die Kritik der hoffnungsfrohen Zukunftsszenarien vom Ausgang der 1990er Jahre. Gezeichnet wurde – etwa durch „Foucaults Brille“ (Moldaschl 2002), aber den dabei auch vereinseitigend (vgl. Martens 2014a) – ein scheinbar alternativlos fortschreitender Prozess der Selbstunterwerfung der Arbeitenden unter fortschreitende Prozesse der Vermarktlichung. Im FNPA haben wir dagegen, bei scharfer Kritik an den allzu einfachen Fortschrittsversprechen, von

² Meine thematische Einführung zu dem aus der Veranstaltungsreihe „Neue Arbeit, Neue Gesellschaft, Nach dem Umbruch“ am Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund resultierenden Sammelband (Martens/Peter/Wolf 2001) gibt dazu einen Überblick.

Anfang an auf neue Potentiale und neue Chancen abgehoben. Arno Georg, Gerd Peter u.a. (2016) haben – auch in Anknüpfung an die „Spandauer Thesen“ des FNPA (Glawe u.a. 2006) - in jüngster Zeit besonders pointiert die Entfaltung neuer Potentiale der lebendigen Arbeit als Chance für eine Demokratisierung von Arbeit hervorgehoben.

Der sogenannte „Arbeitskraftunternehmer“ – fachlich qualifiziert und kompetent im Umgang mit den auch unternehmensintern zunehmend marktförmig und nicht mehr bürokratisch organisierten Produktionsabläufen, also unternehmerisch mitdenkend und überdies stetig an der Marktgängigkeit seiner eigenen Arbeitskraft arbeitend – das ist zugleich Ausdruck einer zunehmend besseren Qualifizierung zur Steuerung der Produktionsprozesse. Aber unter den Bedingungen zugleich fortschreitend „entbetteter“ Märkte im Zeichen des „Epochenbruchs“ (Scholz u.a. 2006), der mit dem Beginn des neoliberalen Rollbacks in den 1970er Jahren eingesetzt hat, verschärft sich, wie Georg u.a. zeigen, ein Widerspruch zwischen zwei grundlegenden Rationalitäten, nämlich

- zum einen der Rationalität der ökonomischen Effizienz, im Sinne punktuell strategischer Orientierungen der Unternehmen auf ihren Märkten,
- zum anderen der Rationalität der Kooperation als eines überindividuell vermittelten Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichen Individuen.

Beides sind, wie Georg u.a. ausführen, praktische Rationalitäten, über die Menschen ihr Handeln durch Gründe organisieren, so dass Strukturen und Sinngebungen entstehen, die ihr weiteres Handeln strukturieren. Doch die marktradikale Freisetzung des Prinzips der Wertrationalität und Effizienz hat inzwischen permanente Restrukturierungen in Unternehmen und Betrieben zur Folge. Dadurch wird die Autonomie der kooperierenden Einzelnen nicht mehr gefördert sondern tendenziell untergraben.

3. Vor dem Hintergrund neuer Arbeit: breiter Konsens über Demokratisierungspotentiale?

Hier stellt sich die Frage, wie weit diese konzeptionellen Überlegungen, die in bestimmter Weise den Kern des diesem Kapitel vorangestellten Gedichts aus dem Jahr 2000 noch einmal präzisieren, sich auch in der empirischen Wirklichkeit bestätigt finden. Lassen sich die behaupteten Ambivalenzen empirisch zeigen? Sind die neuen Wissensarbeiter wirklich Hoffnungsträger? Ich will dazu zunächst einen Blick auf Forschungsergebnisse aus dem Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 werfen. Wie sieht die Empirie dazu im Konjunkturzyklus 2002-2008 aus?

Die Untersuchungen von Hermann Kotthoff (Kotthoff 1996 und Kotthoff/Wagner 2008) haben die industriesoziologische Mainstream-Debatte der ersten Dekade

vermutlich am stärksten beeinflusst.³ Kotthoff/Wagner finden – im Vergleich zu den 1990ern - Anpassung an neue Marktzwänge, motivationale Bindungen an die Firma und wachsende Distanz gegenüber den Gewerkschaften. Aber sie fokussieren auf die „Old Economy“ und sie sparen ihn ihrem Panel zu Kotthoffs Untersuchung aus dem Jahr 1996 aus pragmatischen Gründen bewusst genau die drei (von zwölf) Unternehmen aus, in denen die fortschreitende Vermarktlichung erhebliche Konflikte ausgelöst und die Unternehmen besonders tiefgreifend verändert hat, bzw. sie ersetzen sie durch Unternehmen mit vergleichsweise stabiler Entwicklung. Außerdem ist der Anteil von Führungskräften auf den oberen Führungsebenen im Panel höher als bei der ersten Untersuchung. Ende 2016 hat Kotthoff die arbeits- und industriesoziologische Forschung zu höher qualifizierten Angestellten – klar eingegrenzt auf einen engeren akademischen Diskurs und durch größere neuere Studien kaum angereichert - noch einmal bilanziert, und er sieht sich in den in seiner Panelerhebung von 2008 getroffenen Einschätzungen bestätigt. Dabei spielen die methodischen Relativierungen, die er 2008 noch getroffen hat, nun keinerlei Rolle mehr.⁴ Andere Untersuchungen zeichnen um die Mitte der ersten Dekade allerdings ein deutlich anderes Bild. Von neuen Konflikten und einem Spannungsverhältnis zwischen Berufsethos und Kapitalverwertung“ (Vester/Teiwes-Kügler 2007) ist da die Rede, oder – nun allerdings im Blick auf Hochqualifizierte in der IT-Branche - auch von neuen Interessenorientierungen, die bei ca. einem Drittel der Befragten an die Stelle der alten Beitragsorientierung – im Sinne der Bereitschaft den eigenen Beitrag zum Unternehmenserfolg zu leisten – getreten sei (Boes/Trinks 2006).

Alle diese Untersuchungen liefern aufschlussreiche Einblicke aber keine repräsentativen Befunde. Und das gilt auch für unsere im gleichen Zeitraum in sfs-Projekten gewonnene eigene Empirie (Martens 2005, Martens/Dechmann 2010).

Wir haben u.a. 2002/3 den Siemenskonflikt, und später auch dessen mittelfristige Folgen, untersucht (Martens 2006, Croucher u.a. 2007, Martens/Dechmann 2010,157-189). Dort wollte der Konzern kurzfristig und unter Verletzung von Mitbestimmungsrechten gut ein Drittel der 7.300 Beschäftigten im Bereich seiner ICN-Sparte, also unter hochqualifizierten Beschäftigten im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien, entlassen und handelte sich einen

³ In einem Heft der Zeitschrift „Industriellen Beziehungen“ zu eben diesem Themenschwerpunkt hat Kotthoff (2015) den Stand der Forschung auf der Linie seiner Studie von 2008 unlängst noch einmal vorgestellt – dabei alle Befunde, die sie relativieren würden, weitgehend vernachlässigend, ebenso wie früher noch vorgenommene eigene methodische Einschränkungen.

⁴.So berücksichtigt er weder die Untersuchung von Vester/Teiwes-Kügler 2007 noch die Untersuchungen der Sozialforschungsstelle Dortmund, auf die ich gleich noch kurz zusprechen komme. Vgl. dazu ausführlich die Erörterung der Ergebnisse der entsprechenden Untersuchungen bei Martens/Dechmann (2010,131-138) sowie die ausführliche Darlegung und Bewertung der sfs-Forschung für diesem Zeitraum (a.a.O. 138-156).

großen, eineinhalb Jahre dauernden Konflikt mit seinen hochqualifizierten Beschäftigten ein, von denen etwa die Hälfte einen Hochschulabschluss hatte und ca. 40 Prozent im AT-Bereich beschäftigt waren. Die alte Firmenkultur wurde schwer erschüttert. Die Entlassungen wurden abgewehrt. Die IG Metall gewann zeitweilig ca. neue 900 Mitglieder. Deren Wortführer waren als Aktivisten eines neu entstandenen Netzwerkes bemerkenswert radikalisiert und wollten sich nach dem Konflikt nicht auf die gewohnten Muster alltäglicher Betriebsratsarbeit einlassen. Umgekehrt gelang es den Aktivisten dieses Netzwerkes auf der einen, den ehren- und hauptamtlichen Funktionären der IG Metall auf der anderen Seite aber auch nicht, das neue Netzwerk mit seinen Chancen zu stärkerer Beteiligung und größerer Transparenz zu einer Art gewerkschaftlichem „Vorfeldorganisation“ zu machen. Mittelfristig überwog so auf beiden Seiten Ernüchterung und die IG Metall konnte ihre Mitgliedergewinne nicht stabilisieren (Martens/Dechmann 2010, 172ff).

Gegen Ende des Konjunkturzyklus 2002-2008, also noch vor der Weltfinanz- und neuen Weltwirtschaftskrise – haben wir weiterhin eine Reihe von Standortkonflikten im Organisationsbereich von IGM, IG BCE und ver.di untersucht.⁵ Hier waren die Höherqualifizierten – Entwicklungsingenieure, Softwareentwickler – in der Regel nicht unmittelbar betroffen. Aber wir wissen, dass sich manche unter ihnen angesichts ihrer Beobachtungen in unmittelbarer Nähe zu den Konflikten z.T. über die nur begrenzte Militanz der Arbeiterbelegschaften gewundert haben und wie nüchtern sie ihre eigenen Perspektiven angesichts der Entwicklungen im jeweiligen Unternehmen eingeschätzt haben (Martens/Dechmann 2010, 143-147). Beunruhigung und latente Konfliktpotentiale schienen beachtlich. Es gibt daher gute Gründe, an den Thesen zur hohen Ambivalenz der Wirkungen „neuer Arbeit“ festzuhalten, wie wir sie zu Beginn der Dekade formuliert hatten. Wir haben empirische Beispiele dafür gefunden, dass und wie „der Umschlag von (gewohnten Mustern der H. M.) von Interessenvertretung in die Hinterfragung etablierter Machtpositionen (...), wenn er überhaupt erfolgt, vergleichsweise unvermittelt erfolgen“ kann – wie auch dafür, dass er dann „gerade in dieser Unmittelbarkeit über pratikuläre Einzelinteressen hinweg verbindend“ wirken kann (Wolf 2001, 226).

Gegenwärtig werden nun erneut erwartungsvolle Hoffnungen auf den nächsten Schub der Digitalisierung von Arbeit gerichtet. Vor dem Hintergrund „neuer Arbeit“ – nun im Blick auf Industrie 4.0 und Arbeit 4.0 (Hirsch-Kreienstein 2014, BMAS 2016) – geht es einmal mehr um die erfolgreiche Bewältigung eines tiefgreifenden Wandels der Arbeitswelt, oder um die Erwartung, dass hier ein tiefgreifender Umbruch im Gange sei, der letztlich aus seiner eigenen, inneren Logik heraus den Weg in eine „postkapitalistische“ Entwicklung bahnen werde. Visionen einer sich anbahnenden demokratischen Zukunft der Arbeitswelt werden entworfen (Sattelberger 2015) und „Roadmaps“ für die moderate Gestaltung des erwartenden Wandels werden zu

⁵ Siehe die Einzelfallanalysen bei Martens/Dechmann (2010, 52-82) sowie die daran anschließenden vertiefenden Analysen, nicht nur im Blick auf Einstellungen und Handeln von Höherqualifizierten.

zeichnen versucht (Apt u.a. 2015). Oder aber der Blick wird auf herannahende grundstürzende Umbrüche gerichtet, die das Ende des Kapitalismus heraufziehen lassen.⁶ Beiden Positionen ist dabei zu gewissem Grade gemeinsam, dass sie die Innovationsproesse mehr oder weniger einseitig als eine sich fortlaufend weiter objektivierenden autologischen Prozesstruktur verstehen. Der Fortschrittsmythos, der mit der Moderne gesellschaftliche Ideologie gewordenen ist und Innovation letztlich als unvermeidbar und quasi naturgesetzlich behandelt, bleibt in ihnen wirkungsmächtig. Sabine Pfeiffer (2017) hat das in einem Vortrag zur Herausforderung der „Demokratisierung von Innovation“ pointiert hervorgehoben, indem sie Innovation dem Bild einer Tsunamiwelle entsprechend charakterisiert hat.⁷

Die hier anschließende Überlegung, die es in diesem Kapitel im Weiteren zu entfalten gilt, wäre, dass man die Spannweite zwischen den Zugriffen von Mason und Pfeiffer zusammen denken und darüber für die im Hinblick auf betriebliche wie gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten praktikable Handlungsansätze entwickeln müsste – und zwar grundlegend im Zusammenhang der Demokratiefrage und im Hinblick auf das „Selbertun“ der kooperierenden und Zusammenhandelnden gesellschaftlichen Individuen. Aber an dieser Stelle will ich zunächst auf die Vorstellungen derer eingehen, die von einem tiefgreifenden technologischen Wandel sprechen, den es – letztlich unhinterfragt im Rahmen des neoliberalen Projekts – zu gestalten gelte. Erklärtes Ziel ist es dann, die digitalen Technologien nicht mit niedrig qualifizierten, sondern mit immer höher qualifizierten Beschäftigten zu kombinieren und möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Zugleich richten sich im Zuge

⁶ So wird, etwa bei Paul Mason (2016), in der Digitalisierung und dem Internet der Dinge ein Heranreifen der Bedingungen gesehen, die die spontane Reproduktion einer kapitalistischen Marktökonomie zersetzen. Fast autologisch steuert eine solche Entwicklung dann auf den dialektischen Umschlagspunkt zu, an dem, ganz orthodox marxistisch, so etwas wie die freie Assoziation der Produzenten in erreichbare Nähe zu kommen scheint. Eine solche Entwicklungstrends aufgreifende linke Politik wird gefordert und in groben Umrissen zu skizzieren versucht, aber über die Ausgestaltung der Sphäre der Politik – auf dem Weg dahin, ebenso wie dann, wenn ein solches Ziel erreicht wäre, wird nach wie vor höchst unzulänglich nachgedacht.

⁷ Der Akzent liegt dann darauf, dass dieser Prozess von einigen „Gurus“ ,im Silicon Valley etc., gemacht – und dem Bild eines Tsunamis entsprechend inszeniert – wird. Es gibt in ihm also die „Erleuchteten“, diejenigen, die ihnen gläubig folgen und die Anderen. Bedenkenträger schließlich geraten in der Rolle der Ketzer. Über die Gesellschaft – die in diesem zugleich von Verwertungsinteressen getriebenen Prozess nie wirklich „mit am Tisch sitzt“ - bricht der Tsunami dann sozusagen herein. Und so macht er die Menschen, gegenüber den herausgehobenen wenigen Machern zunehmend zu einer Restgröße eines autologisch gedachten Prozesses, und lässt sie in den Clouds und Crowds verschwinden. Ray Kurzweils (2000) „Homo sapiens“ – Kurzweil steht für Enzensberger geradezu paradigmatisch für die „Putschisten im Labor (vgl. Kapital 2.3. - mit seiner Antwort auf die Frage, was vom Menschen im 21. Jahrhundert bleibe, bietet sich da als hervorragender „Kronzeuge“ an (vgl. auch Martens 2001/14). Der Akzent liegt hier also, wie Pfeiffer ausgeführt hat, auf menschengemachten Chancen und Risiken, auf der Frage nach unserem Menschenbild und schließlich auf der Forderung, Wirtschaftsdemokratie demgegenüber zugleich groß und klein zu denken und sie als mittlerweile existenzielle Herausforderung zu begreifen.

„fortlaufender Suchprozesse von Staat, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften“ (Urban 2016) die Anstrengungen darauf, technologische Innovationen im Zeichen der Digitalisierung vor allem auch in der mittelständischen Industrie zu forcieren, um im neoliberal entfesselten globalen Wettbewerb möglichst „gut aufgestellt“ zu sein. Die Gewerkschaften haben dabei keine Alternative dazu, ihre ganze Kraft auf eine Revitalisierung eigener arbeitspolitischer Handlungsansätze zu konzentrieren, um denkbare Bad-Case-Szenarien zu verhindern.

Aber sie sehen und befinden sich gleichwohl in der Defensive, und epochale Umbrüche sind etwas anderes als ein tiefgreifender Wandel. Crowdfunding ist mittlerweile in globalisierten Produktionsräumen zu einer neuen Option für die Unternehmen geworden. Die Zahl der Soloselbstständigen steigt und Prekarisierung auf (zum Teil noch) höherem Niveau betrifft nun auch die Wissensarbeiter. Die absehbare Entwicklung verläuft hoch dynamisch, und sie ist widersprüchlich. Vor die neuen Zukunftsversprechen drohen sich neue große Risiken zu schieben.⁸ Wie einleitend betont und in Kapitel 2, ähnlich wie in dem eben angeführten Vortrag von Pfeiffer, grundsätzlich kritisiert, bleiben die gegenwärtig verfolgten Gestaltungsansätze einem linearen Fortschrittsdenken verbunden, das den neoliberal entfesselten globalen Wettbewerb wie eine alternativlose Naturbedingung voraussetzt und die Erwartung weiteren stetigen Wirtschaftswachstums unbeirrt auf die Zukunft richtet. Und wieder einmal wird angesichts eines sich neu abzeichnenden Rationalisierungsschubs in scheinbar breitem Konsens über Demokratisierungspotentiale gesprochen (Sattelberger u.a. 2015).

Doch ob im Blick auf die vielleicht günstigen Entwicklungsmöglichkeiten, jedenfalls für die weiterhin in Arbeitsverhältnissen Beschäftigten, eine Stärkung individueller Beteiligungsrechte gegen vorgebliche kollektive Bevormundung gemeint ist, oder aber die Stärkung kollektiver Mitbestimmung durch direktdemokratische Elemente, das sind dann doch sehr unterschiedliche, ja einander entgegengesetzte Konzepte. Die Wirtschaft fordert den unternehmerisch mitdenkenden Arbeitnehmer, der zugleich für sich selbst verantwortlicher Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft sein soll. Das Leitbild im „Spiel des Lebens“ (Schirrmacher 2013) ist hier – auch bei der fortgesetzten Restrukturierung von Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen - der egoistische einzelne Marktteilnehmer. Und Richard Sennett (2015) hat in seiner weit ausholenden Untersuchung dargelegt, wie strukturelle Ungleichheit und neue Formen der Arbeit „in der modernen Gesellschaft (...) einen eigentümlichen Charaktertyp“ entstehen lassen, den er als das „unkooperative Ich“ bezeichnet (a. a. O. 242). Die Gewerkschaften müssen demgegenüber gegen solche

⁸ Vgl. zu den Risiken der Arbeit von Soloselbstständigen den Beitrag von Ursula Schumm-Garling auf der FNPA-Jahrestagung 2016 (FNPA 2016). Bei Apple sind es 2015 40.000 Freelancer die für das Unternehmen Services entwickeln“ (Sattelberger 2015,45.) Weltweit gibt es 2015 15 Millionen Freelancer auf Web-Plattformen, allein 500.000 gibt es in Bangladesch. Mehr noch auf den Philippinen und in Indien, und wie Henrik Zillmer, Gründer des US-amerikanischen Start-up Airhelp sagt, sind „drei Dollar pro Stunde in den meisten Ländern bereits sehr viel Geld““ (vgl. Rest 2015).

Entwicklungstendenzen an auf eine Stärkung kollektiver Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte setzen (Wetzel 2015), und das IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban (2016, 54) meint sicherlich zu Recht, dass „die Neukombination individueller Partizipations- und kollektiver Mitbestimmungsrechte (...) eines der Projekte sein (dürfte), über die sich die Zukunftsfähigkeit gewerkschaftlicher Arbeitspolitik bewähren muss.“ Hier ginge es also um ein anderes Leitbild. Dabei stehen die Gewerkschaften vor einer erheblichen Schwierigkeit: Sie verfügen in Deutschland trotz der unabweisbaren Erosion ihrer institutionellen Macht immer noch über institutionell befestigte Machtpositionen, von denen die Gewerkschafter in Süd- und Osteuropa weit entfernt sind. Es ist für sie in solcher Lage schwierig, einseitig auf die die Selbsttätigkeit der Arbeitenden zu setzen, um so eine „Neukombination von individuellen Partizipations- und kollektiven Mitbestimmungsrechten zu erreichen, über die sie bessere Chancen für die Durchsetzung einer neuen Balance zwischen den beiden oben angesprochenen Rationalitäten zu schaffen. Denn eine entsprechende, durchaus konfliktträchtige Politik könnte ja möglicherweise zunächst einmal die verbliebenen eigenen, institutionell befestigten Machtpositionen in Frage stellen.⁹ Hinzu kommt, dass die Gewerkschaften gegen fortgesetzte Bemühungen kämpfen müssen, sie weiter an den Rand zu drängen. Der Liberale Thomas Sattelberger (2015), in den Debatten um die Digitalisierung der Arbeit im Umfeld des BMA stark engagiert, sieht – so im Managementbuch des Jahres 2015 – das „demokratische Unternehmen“ mit gestärkten individuellen Partizipationsmöglichkeiten als Zukunftsvision; und er warnt in der Zeitschrift „Liberal“ (Sattelberger 2017) vor regulierenden „Schnellschüssen“, die neue „Chancen bereits im Keim“ ersticken würden. Einige prominente Industrie- und Arbeitssoziologen diskutieren im, Managementbuch des Jahres mit – z.T. bedenklich den Kopf wiegend.¹⁰ Eine Debatte, die Gefahr läuft, rasch ideologisch zu werden, ist – ähnlich wie auf dem Höhepunkt des New-Economy-Hype um die Jahrtausendwende herum (Deckstein/Felixberger 2000) – in den Debatten um Industrie und Arbeit 4.0, die Sabine Pfeiffer (2017) als Beispiel eines ausgesprochen erfolgreichen „Adenda-Sertiings“ ansieht, wieder einmal losgetreten.

⁹ Ich habe in Bezug diesen Zusammenhang von „Selbstblockaden der institutionalisierten Politik“ und der „Notwendigkeit des ‚Selbertuns‘“ (Martens 2014a, 60-71) von einem „Gefangenendilemma eigener Art“ gesprochen (a. a. O. 64) – nicht im spieltheoretischen Sinne, sondern deshalb weil „Repräsentanten in einem bewährten institutionellen Handlungskontext institutionelle Strategien immer nur mit unüberschaubaren Risiken aufgeben und grundlegend infrage stellen können“ (ebd.) und eben schon dann, wenn sie versuchen dem unter möglichst großer Beteiligung der Repräsentierten zu entkommen gewohnte Muster grundlegend infrage stellen müssen.

¹⁰ Andreas Boes u.a. (2015) betonen gegenüber Sattelbergers optimistischem Szenario, dass wir es mit einer Entwicklung „zwischen Empowerment und digitalem Fließband“ zu tun haben, und Klaus Dörre (2015) verweist auf frühere, verfehlte Hoffnungen auf eine „Mitbestimmung in der ersten Person“, sieht aber auch Chancen, wenn Politik, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände Initiativen von Belegschaften und Unternehmen zu neuen Kompromissstrukturen führen können. Zu einer ausführlicheren Darlegung meiner eigenen Einschätzungen siehe Martens 2016b.

Wir erleben hier also einmal mehr, dass und wie der politische Liberalismus die innere Logik eines technologisch bedingten Fortschreitens – und auf sie gegründet die Erwartung eines sozialen Fortschritts - in einem neu beschworenen Fortschrittsglauben zu bündeln sucht. Ihm folgend seien zwar immer wieder neue Gestaltungsansätze erforderlich, aber dafür produziere dieser fortschreitende Prozess auch immer wieder neue Chancen. Wenn man ihm dafür den erforderlichen Raum gebe, würden die eben in diesem Prozess gestärkten Einzelnen diese Chancen schon nutzen. Hier finden wir keinerlei Gedanken dazu, dass wir es in eben diesem gesellschaftlichen Entwicklungsprozess mit dem Widerstreit zweier grundlegender Rationalitäten zu tun haben, in denen das Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz zunehmend aus der Balance gerät und mit dem „flexiblen Menschen“ (Sennett 1998) eine „neue Form freiwilliger Knechtschaft“ (Sennett 2014,373) hervor treibt, oder wie Sennett am Schluss seines jüngsten Buches geschrieben hat:

„Die neuen Formen des Kapitalismus betonen kurzfristige Arbeitsverhältnisse und eine institutionelle Fragmentierung. Eine Folge dieses Wirtschaftssystems liegt darin, dass es den Beschäftigten schwerfällt, dauerhafte soziale Beziehungen aufzubauen, in denen sie sich wechselseitig unterstützen könnten. Im Westen wächst der Abstand zwischen Elite und Masse, und in neoliberalen Systemen wie denen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nimmt die Ungleichheit zu. Den Mitgliedern dieser Gesellschaften fehlt es zunehmend an einem gemeinsamen Schicksal. Der neue Kapitalismus lässt zu, dass Macht und Autorität sich voneinander trennen. Die Elite wähnt sich in ihrer globalen Distanzierung frei von jeglicher Verantwortung für die Menschen in ihrer Umgebung, vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Unter diesen Umständen kann es nicht erstaunen, dass gewöhnliche Menschen, nun gänzlich auf sich selbst angewiesen, sich nach Solidarität irgendeiner Art sehnen – und da bietet sich die destruktive, auf Abgrenzung zu anderen Gruppen basierende Solidarität geradezu an“ (a. a. O. 373).

Solche Entwicklungstendenzen sind freilich weit über die angelsächsischen „Kernländer“ des neoliberalen Globalisierungsmodells hinaus wirksam. Sie entwickeln sich zunehmend zu einer Zerreisprobe für supranationale Zusammenschlüsse wie die Europäische Union, und sie wirken auch in so vergleichsweise stabil erscheinenden Gesellschaften wie der Deutschlands bis weit in die Schichten der noch immer dauerhaft Beschäftigten hinein. Die Gewerkschaften, bzw. führende Gewerkschafter haben in den Jahren nach der neuen Weltwirtschaftskrise einen „Kurswechsel“ (Huber 2010, IG Metall Vorstand 2013) oder im Blick auf die Krise der EU einen „Marshallplan für Europa (DGB 2012) gefordert und gefragt, ob „Europa noch zu retten“ sei (Buntenbach u.a. 2014). Es gab vereinzelt Überlegungen zur Neuanknüpfung an die eigenen älteren wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen (Meine u.a. 2011); aber auf dem Kurswechselkongress der IG-Metall schrumpften die konzeptionellen Überlegungen letztlich auf den pragmatischen Vorschlag zusammen, ein VW-Gesetz für alle als einen Schritt zur Wirtschaftsdemokratie anzusehen (Martens 2016a, 194f). Ganz

abgesehen davon, dass das für die Masse der Beschäftigten in kleinen und Mittleren Unternehmen unmittelbar ohne Folgen wäre und dass mehr Mitbestimmung in großen Unternehmen noch lange nicht Wirtschaftsdemokratie bedeutet, dürfte sich solcher Pragmatismus seit dem VW-Skandal erledigt haben.

Aber unter dem Druck stetiger Restrukturierungsprozesse in einer unter neoliberalen Vorzeichen globalisierten Wirtschaft gibt es, keineswegs nur im Organisationsbereich der IG-Metall, vielfältige Anstrengungen demokratische Beteiligungsrechte im Rahmen der Mitbestimmung zur Geltung zu bringen. Die Kampagne „Besser statt billiger“ der IG-Metall, von Steffen Lehndorff (2012b) als eine „Flucht nach vorn“ bezeichnet, wäre hier zu nennen. Hier wird angesichts der Bedingungen „neuer Arbeit“ seitens der Gewerkschaften recht pragmatisch vor allem von den bestehenden institutionellen Strukturen ausgehend weitergedacht. Folglich gibt es sehr unterschiedliche Beteiligungsansätze und –Verständnisse, von denen her in Betrieb und Unternehmen gedacht und gehandelt wird. Aber mit Wirtschaftsdemokratie – selbst in ihrem alten, traditionellen Verständnis - haben die alle noch nicht viel zu tun.

4. Der Kampf um eine Demokratisierung von Arbeit

Andererseits findet ein Kampf um Gute Arbeit als Kampf um deren Demokratisierung heute in den Unternehmen und Betrieben dieses Landes sehr wohl statt (Wetzel, 2015, Katenkamp u.a. 2016). Und zwar genau im Zusammenhang mit den eben angesprochenen Restrukturierungsprozessen, die sich als Restrukturierung in Permanenz erweisen. In diesen Konflikten geht es für die Arbeitenden nicht nur um die Bewältigung von immer wieder veränderten Arbeitssituationen, die sich ihrer Mitgestaltung entziehen, und denen gegenüber sie doch nicht zuletzt auch einen Anspruch auf Sinnstiftung für ihr Leben haben. Sie müssen sehen, dass sie die Balance zwischen Erwerbsarbeit, sonstiger notwendiger Arbeit und erwerbsfreier Zeit für sich als Einzelne aufrechterhalten können. Und am Ende solcher Anstrengungen steht immer öfter, wie Georg u.a. zeigen, das Erschöpfte Selbst. Belastung und Beanspruchung, Prävention und Salutogenese sind im Zuge dieser Entwicklung in der Arbeits- und Gesundheitsforschung zu umkämpften Begriffen geworden, wenn es darum geht, das Misslingen der Bewältigung beider grundlegenden praktischen Rationalitäten durch die Arbeitenden zu erklären und neue Gestaltungsansätze angesichts der Zunahme von psychischen Erkrankungen bis hin zum Burnout zu entwickeln. In den stetigen Umstrukturierungsprozessen in Produktion, produktionsnaher Dienstleistung und Verwaltung bemühen sich die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen darum, der praktischen Rationalität der Kooperation Geltung zu verschaffen. Sie müssen aber auch immer wieder die Erfahrung machen, dass ihre Anstrengungen den Charakter einer Sisyphosarbeit annehmen. Im Management reift hie und da die Einsicht, dass hier, nicht zuletzt auch im Interesse der ökonomischen Rationalität, Kompromisse neu austariert werden müssen. In den verschiedenen Disziplinen der Arbeitswissenschaften verstärkt sich das Nachdenken darüber, wie weit der jeweilige Zugriff auf den Gegenstand Arbeit noch gelingt.

Gewerkschaftliche Beteiligungskonzepte wie z. B. „Tarif aktiv“ oder „besser statt billiger“ der IGM setzen hier an. Sie zielen auf:

- Die Beteiligung bei Konzipierung, Planung und Einführung neuer Techniken oder Arbeitssysteme und
- im Wege der Durchsetzung einer prozessorientierten Beteiligung und Mitbestimmung.

Unter Nutzung rechtlicher Möglichkeiten und gewerkschaftlich gestützter Beratungsstrukturen ist das ein Ringen um die Herstellung oder Wiedergewinnung von Gestaltungspartnerschaft. Das heißt Betriebsräte und Gewerkschaften kämpfen darum, im Rahmen der Logiken der alten institutionell verfassten wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien, hier der deutschen Betriebsverfassung, von Neuem die Voraussetzungen für einen halbwegs stabilen Interessenausgleich zu schaffen. Und wo Betriebsräte und Gewerkschaften sich dem zumindest nähern können, erweitern sie so zugleich auch die Gestaltungsoptionen der Unternehmen.¹¹ Oder anders gesagt: die Stärkung der Rationalität der Kooperation als eines überindividuell vermittelten Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichen Individuen ist dann auch von Nutzen in der Verfolgung der Verwertungsrationalität der Unternehmen. Oder nochmals anders ausgedrückt: hier entstehen über die aktive Beteiligung der Beschäftigten Potentiale zur Demokratisierung von Arbeit. Die zielen primär auf „gute Arbeit“, aber mit ihnen verknüpft sind auch, zumindest in Ansätzen, Einflussnahmen auf wirtschaftliche Entscheidungen – vermutlich auch bei so manchen der formellen Regelungen, die so im Rahmen der erwähnten gewerkschaftlichen Kampagnen zustande gekommen sind.

Wie oben erwähnt, hat am Anfang der Entwicklung „neuer Arbeit“ das Versprechen auf den aufrechten Gang, auf mehr Autonomie nun auch in der Arbeitswelt gestanden. Autonomie, das war noch viel früher zu Beginn der europäischen Aufklärung ein oppositioneller Begriff gegen bestehende Herrschaftsstrukturen. Für Georg u. a. (2016) verweist er heute auf das Fundament ihrer Argumentation. Gegen eine rein ökonomische Betrachtungsweise von Arbeit, neoklassisch oder marxistisch, und gegen die deutsche soziologische Mainstream-Interpretation von Subjektivierung als Selbstunterwerfung, ist für sie unter anderem die Philosophische Anthropologie Helmuth Plessners für eine subjektphilosophische Begründung bedeutsam. Sie verstehen Subjektivierung als Chance zu Selbstbestimmung oder Selbstgesetzgebung, damit aber auch Selbstbegrenzung der Arbeitenden. Das von den Arbeitenden geforderte unternehmerische Mitdenken wird so zur Grundlage einer neuen „primären Arbeitspolitik“ (Wolf 2001). Die über die raktische Rationalität der Kooperation getragenen, oder auch die von ihr geforderten und geförderten Arbeitsvermögen können die Grundlage nicht nur einer Demokratisierung von Arbeit,

¹¹ Schon die Erfahrungen aus der IG-Metall-Kampagne „besser statt billiger“ belegen das klar, (vgl. Lehndorff 2011, Martens/Dechmann 2010,108-115), und die jüngste Untersuchung von Katenkamp u.a. (2016) liefert eine Vielzahl weiterer Belege.

sondern auch der Demokratisierung von Unternehmen und Wirtschaft werden. Dies meinen Georg u. a. im Sinne eines Prozesses, der aus der gesellschaftlichen Arbeit selbst entspringt, heute wohlgekannt der ganzen Arbeit (Biesecker 2004), und der von daher, von seiner Reproduktionsfunktion, seine Kompetenz und Autorität empfängt.

Der Vorschlag von Georg u.a. dazu ist nun, unter aktiver Einbeziehung der Arbeitenden selbst, also der Mobilisierung ihres Laien-Expertenwissens, die folgenden Ansatzpunkte für eine humane Arbeitsgestaltung ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken: Es werde (1) darauf ankommen Autonomie als den Hauptaspekt zukünftiger Arbeitsgestaltung zu begreifen. Es gehe also darum, Chancen zu mehr Selbstbestimmung und Selbstgesetzgebung zu nutzen, wenn den Arbeitenden als unternehmerisch mitdenkenden mehr Verantwortung gegeben werde. Es sei (2) wichtig, Gruppenkooperation als Grundprinzip von menschlicher Arbeit bei der Gestaltung von Arbeitsprozessen zu berücksichtigen. Und schließlich entspreche es (3) der Entwicklung und den Anforderungen „neuer Arbeit“ wenn dabei Care („Sorge“) zum neuen übergeordneten institutionellen Leitbild von Erwerbsarbeit werde.

5. Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft: Alte und neue Wirtschaftsdemokratie

Nun kann man fragen: was hat Demokratisierung von Arbeit mit Wirtschaftsdemokratie zu tun? Wenn man das historische Konzept von Wirtschaftsdemokratie nimmt, nicht allzu viel. Denn die Kennzeichen dieser „Alten“ Wirtschaftsdemokratie nach Naphtali (1977/28) lassen sich wie folgt umreißen (Martens 2015):

Sie setzte noch mit großer Selbstverständlichkeit auf Planung *statt* und *gegen* den Markt. Sie forderte dazu die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien. Ihr Ziel war so, wiederum ganz selbstverständlich, die Perspektive auf den Sozialismus. Der „Organisierte Kapitalismus“ (Hilferding, kritisch Krumbein 2009), mit der Aussicht auf eine zunehmend planvollere und krisenfreie Entwicklung in allerdings noch antagonistischer Form, sollte einer solchen Entwicklung bereits zuarbeiten. Also setzten Naphtali und der ADGB auf Austauscheliten in der Sphäre der Wirtschaft. Das hieß letztlich: Es ging eher um eine Demokratie *für* und nicht um eine *durch* die Arbeitenden. Und Naphtali hatte eine gehörige Skepsis gegenüber direkter Beteiligung.

- Das galt schon gegenüber den Betriebsräten, die es seinerzeit ja noch nicht allzu lange, also auch noch nicht in stabil institutionalisierter Form.
- Und das galt erst Recht gegenüber den Beschäftigten. Man sollte hier allerdings bedenken: die Arbeiterklasse, die Naphtali vor Augen hatte, das waren zu großen Teilen angelernte Beschäftigte, die noch unter preußischen obrigkeitstaatlichen Bedingungen sozialisiert worden sind.

Schon nach einem Jahr, nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929, war diese gewerkschaftliche Programmatik nicht mehr auf der Höhe der Zeit, denn der „Organisierte Kapitalismus“ erwies sich als unverändert krisenanfällig. Und heute sieht man sofort, dass Plan *gegen* Markt ein irreführendes Konzept, ein gescheitertes Konzept der Vergangenheit ist – spätestens seit der Implosion des Realsozialismus. Kritische Ökonomen würden heute immer von Konzepten einer gemischten Wirtschaft ausgehen. Dabei würden sie aber sicherlich hervorheben, dass global agierende Konzerne ihre Marktstrategien mittlerweile in einer Weise planen, an der gemessen die gesellschaftlichen Planungsprozesse im Realsozialismus geradezu als vorsintflutlich erscheinen dürften. Zugleich wissen wir aber auch seit der Weltfinanz- und der neuen Weltwirtschaftskrise, dass sich „unsere Gesellschaften“ im irrigen Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes in einen „wilde(n) und opake(n) Überraschungsraum (...) „hineinfinanziert haben“ (Vogl 2010,178). Eine zunehmende Krisenlosigkeit des Kapitalismus ist also, wie sich nach dem schier überbordenden Optimismus zu Zeiten der sogenannten New Economy einmal mehr bestätigt, nicht nur der Irrtum einer gescheiterten Großtheorie gewesen (Krumbein 2009). Sie ist auch der Irrtum der heute vorherrschenden neoliberalen, strikt angebotsorientierten neoliberalen Gleichgewichtstheorien.¹² Eine Wiedereinbettung des Marktes ist insofern im Kontext von Vorstellungen zu einer Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft auch eine zwingende Reaktion auf die immer noch ungebrochene *Marktgläubigkeit* des Neoliberalismus. Allerdings würde man sich im Falle eines schlichten Rückgriffs auf die Planungsvorstellungen der „Alten“ Wirtschaftsdemokratie in der politischen Auseinandersetzung darum sofort den Vorwurf gänzlich dysfunktionaler Bürokratisierung zuziehen. Es wird so sehr rasch klar: Ins Zentrum eines neuen Nachdenkens über Wirtschaftsdemokratie muss das Verhältnis von Markt und Demokratie gerückt werden.

Wenn ich von der „Alten“ heute eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ unterscheide (Martens 2010 und 2015), dann mache ich deshalb den Demokratieaspekt besonders stark – was nicht heißt, dass ich mich auf den begrenze; die ökonomische Dimension spielt selbstverständlich ebenso ihrer Rolle. Neue Wirtschaftsdemokratie zielt zunächst – und das betrifft eben die ökonomische Dimension - auf Wiedereinbettung des Marktes. In diesen Zusammenhang gehören:

- die Regulierung der Finanzmärkte,
- eine Stärkung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Investitionen,

¹² Joseph Vogl hat die „krisenhafte Dynamik der Finanzökonomie“ so punktgenau zutreffend analysiert, dass auch das Feuilleton der FAZ konstatiert hat: „So pointiert, faktengesättigt und geistesgeschichtlich inspiriert“, komme „keine zweite Analyse unseres Wirtschaftssystems daher.“ Er spricht im Ergebnis seiner Analyse völlig zu Recht von einer „liberalen Idylle des Marktes“ und angesichts der „launischen oder monströsen Ereignishaftigkeit“ der „freak events auf den Märkten“ (a. a. O. 143) angesichts der 2008/9 ausgebrochenen Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise vom „Ende der Oikodizee“ – analog zu den Debatten, die sich nach dem großen Erdbeben von Lissabon 1755 um Leibniz' Theodizee entwickelten.

- eine Stärkung gesamtwirtschaftlich steuernder Eingriffe – national und europäisch
- und schließlich auch die Förderung von Genossenschaften.

Neue Wirtschaftsdemokratie zielt damit also sehr wohl auf demokratisch legitimierte Eingriffe auch in den Markt. Im Blick auf den Wirtschaftsraum der Europäischen Union hat z. B. James K. Galbraith (2011) das Erfordernis eines entsprechenden, Keynesianisch inspirierten „grünen New Deal“ aufgezeigt. Wirtschaftsdemokratische Überlegungen lassen sich an einen solchen qualitativen Keynesianismus (Zinn 2007) anschließen.

- Neue Wirtschaftsdemokratie zielt allerdings auf die Einschränkung von Eigentumsrechten und nicht frontal auf die Eigentumsfrage.
- Sie setzt stark auf das Gestaltungs- und Demokratisierungspotential der Arbeitenden Wirtschaftsbürger – und damit rückt eben das emanzipatorische Potential von „neuer Arbeit“ oder „Wissensarbeit“ ins Zentrum der Überlegungen.
- Sie ist so ein Reformansatz im Kapitalismus.
- Weitergehende Transformationen sind damit eine Frage, die durch eine „neue Wirtschaftsdemokratie“ offengehalten, bzw. wieder geöffnet wird, aber eine neue Wirtschaftsdemokratie ist keineswegs bereits eine solche „große Transformation“.

Es ist mir in diesen Zusammenhang wichtig, insbesondere auf das emanzipatorischen Potential neuer „Wissensarbeit“ zu verweisen (vgl. Martens 2012/16). Das mag sich bei Hochqualifizierten besonders prägnant zeigen, ist aber ein Kennzeichen, das heute Erwerbsarbeit in wachsenden Bereichen deutlich prägt. Die Durchsetzung moderner Wissensarbeit findet inzwischen in „globalisierten Produktionsräumen“ in einem komplizierten und in sich höchst widersprüchlichen Prozess der Veränderung alter Hierarchien und der Implementierung neuer Kontrollmechanismen statt (Boes/Kämpf 2011). Peter Brödner (2012) spricht von einem hier virulent werdenden „Grundwiderspruch der Wissensgesellschaft“¹³ bzw. - in Anknüpfung an die Debatten im FNPA - von einem „vertieften Epochenbruch“. Und er hat in seinem Referat auf dem Workshop des FNPA über „Widersprüche von Wissensarbeit: Zwischen Autonomie & Burn-out“ weiterhin, und völlig zu Recht, von einem „intentionalen Verhältnis zur Welt“ gesprochen“ das Wissensarbeiter im

¹³ Das Neue dieser „Wissensgesellschaft“ ist eigentlich das abstrakte wissenschaftliche Wissen. Wolfgang Kreibich (1986 und 1997) verwendet, viel prägnanter den Begriff Wissenschaftsgesellschaft, der zugleich deren Fortschrittskonzept, das „Arbeit-Technik-Fortschritt-Paradigma“, in den Fokus gebotener kritischer Reflexionen rückt. Der einseitige Akzent auf Wissen als das ganz Neue blendet zudem die kapitalistische Formbestimmung auch der neuen Wissensarbeit vorschnell aus. Der Verdacht ist begründet, dass wir es mit einem ideologiegeladeten Konzept zu tun haben (Martens 2007, 24-48). Dafür spricht auch, dass uns die Politik verspricht, durch die Verwirklichung der „Wissensgesellschaft“ die vollbeschäftigte alte Arbeitsgesellschaft wieder herzustellen – und dabei auf die idealisierten mathematisierten Marktmodelle angebotsorientierter Theorien vertraut, die inzwischen seit Jahrzehnten an einer sozialen Wirklichkeit scheitern, die eher durch jene „wilde Zufälligkeit“ „von einer launischen oder monströsen Ereignishaftigkeit“ gekennzeichnet ist, von der Joseph Vogl (2010, 143) in seiner Analyse des „Gespensts des Kapitals“ spricht.

Vollzug ihrer Arbeit herstellen.¹⁴ Weltbezug aber stellt sich im Verständnis von Hannah Arendt durch menschliches Handeln her, also durch die Fähigkeit zu (arbeits)politischem Handeln seitens der Arbeitenden selbst. Damit wäre der Raum der Erwerbsarbeit – gegen die Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und Handeln bei Arendt selbst – sehr wohl als ein gesellschaftlicher Raum zu begreifen, der nicht nur vermittelt politischem Handeln zugänglich ist.¹⁵

6. Ein Zwischenfazit und ein paar unumgängliche philosophische Vertiefungen

Ich möchte an dieser Stelle ein erstes Zwischenfazit ziehen, und dazu zunächst betonen: Wirtschaftsdemokratie - ob neu oder alt – ist immer ein voraussetzungsvolles Konzept. Und diese Voraussetzungen darf man nicht außer acht lassen. 2011 z.B. haben Klaus Dörre u.a. in Jena eine große Tagung zum Thema „Arbeit neu denken“ durchgeführt, mit im Grundsatz mit ähnlichen Stoßrichtungen, wie ich sie im ersten Teil dieses Aufsatzes umrissen habe. Auf dem abschließenden Podium wurde dann am dritten Tag versucht, Wirtschaftsdemokratie als eine mögliche Antwort ins Spiel zu bringen. Das Ergebnis war sehr unbefriedigend. Die meisten Diskutanten gingen gedanklich von den gegebenen Mitbestimmungsstrukturen aus und zielten, gewissermaßen in Neuanknüpfung an das DGB-Grundsatzprogramm von 1949, auf deren regionale und gesamtwirtschaftliche Ausweitung. Und zugleich wurden so auch die Erinnerungen an die älteren programmatischen Wurzeln aus den 1920er Jahren nahegelegt, denen gegenüber ja zu Recht Zweifel anzumelden waren. Weil nicht bedacht worden ist, dass man nicht nur Arbeit, sondern angesichts von „neuer Arbeit“ auch Wirtschaftsdemokratie neu denken muss, verlief die Diskussion auf dem Podium und im Plenum unbefriedigend und blieb rasch stecken. Meine These, dass eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ ihre entscheidende Basis in „neuer Arbeit“ hat, kommt hier also ins Spiel. Das ist sehr wichtig, wie die folgenden Überlegungen zeigen:

- Sieht man „neue Arbeit“ als die entscheidende Grundlage einer neuen Wirtschaftsdemokratie an, dann fällt es sehr viel leichter, diese europäisch zu denken. Sie knüpft nämlich nicht länger entscheidend an die Besonderheit der deutschen Mitbestimmung an.
- „Die Montanmitbestimmung war“ im Übrigen, wie Ulrich Borsdorf (1986) anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums der WSI-Mitteilungen m. E. sehr zutreffend in einem Schwerpunktheft zum Thema geschrieben hat – „die isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräfteverhältnisse der Nachkriegszeit.“

¹⁴ Die Tagung ist Dokumentiert auf der Homepage des FNPA (www.fnpa.de).

¹⁵ Aus meiner Sicht wäre hier mit Hannah Arendt gegen sie weiterzudenken. Vgl. dazu Martens 2008, 2014a und 2013/16. Zu meinem Arbeitsbegriff siehe Martens (2016e). Siehe auch Lieb 2009.

- Aus der isolierten Pragmatisierung eines recht alten, einer gescheiterten Großtheorie kapitalistischer Entwicklung verpflichteten Konzepts lässt sich aber schwerlich eine Lösung auf der Höhe der heutigen Zeit formulieren. Man muss deshalb Wirtschaftsdemokratie wie Arbeit neu denken.
- Tut man das, kommt man zu einem Reformansatz im Kapitalismus, der freilich Öffnungen über ihn hinaus neu schaffen könnte. Schon diesen Reformansatz wirklich zu entfalten, wäre aber eine gewaltige Herausforderung, die nur gemeinsam von Wissenschaft und außerwissenschaftlicher Praxis angegangen werden könnte.
- Und da wären sicherlich die Gewerkschaften besonders gefordert, die das Thema gegenwärtig sehr pragmatisch angehen, nämlich anknüpfend an alte Programmatiken und Mitbestimmungserfahrungen. Wenn ich also den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Debatten und die Defensive und den Pragmatismus der Gewerkschaften betrachte, würde ich sagen: wir stehen noch ziemlich am Anfang damit, Wirtschaftsdemokratie neu zu denken.¹⁶

Mein eigenes Weiterdenken führt mich weiter zu der folgenden Überlegung: Wenn man Wirtschaftsdemokratie von den bis hierher angestellten Ausgangsüberlegungen her auf der Höhe der Zeit neu denken will, sollte man den Blick dafür schärfen, dass wir uns mitten in einem tiefgreifenden Umbruchsprozess befinden. Die Alternative zu einer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ ist deshalb nicht, dass alles so bleibt, wie es ist, sondern dass sich unsere Gesellschaft in der Logik einer politisch immer weiter entfesselten Markttrationalität weiter verändert. Der herrschende Politikbetrieb soll sich, so die offiziellen Verlautbarungen, in dieser Logik immer konsequenter darauf orientieren, „den Märkten die entsprechenden Signale“ zu geben (Merkel). Die Politiker sehen noch wie Politiker aus, handeln aber wie Banker, hat Jürgen Habermas (2015) sinngemäß in diesem Zusammenhang aus Anlass der „Griechenlandkrise“ gesagt, und Politik löse sich so in Marktconformität auf. Die Perspektive ist weitere „Postdemokratisierung“ und „Refeudalisierung“.¹⁷ Die Herausforderung liegt dann darin, einer solchen Perspektive eine überzeugende Alternative entgegenzusetzen. Dass die in Deutschland und Europa unter der Fahne eines Sozialismus aufgezeigt werden könnte, von dem heute niemand so genau zu sagen vermag, wie der aussehen sollte – während wir gleichzeitig wissen, dass er in der unter seinem Namen historisch durchgesetzten Form gescheitert ist –, darf man als einigermmaßen aussichtslos ansehen.

In den sozialen Konflikten, die absehbar kommen werden, geht es aber so oder so um *Veränderungsalternativen*, die unsere parlamentarische Demokratie betreffen.

¹⁶ Wirtschaftsdemokratie neu zu denken, ist deshalb die Forderung, die ich gemeinsam mit Dieter Scholz erhoben habe (Martens/Scholz 2011). Zu neueren Beiträgen siehe außerdem Demirovic 2007; zu jüngeren gewerkschaftlichen Diskussionsansätzen auch Meine u.a. (2011).

¹⁷ Siehe dazu die weiteren Ausführungen im Folgenden sowie Martens 2016a.

Das hat auch die Bundeskanzlerin für ihr Konzept der Marktkonformität so formuliert. Man sieht sich in solcher Lage mit der gegenläufigen Vorstellung, unsere parlamentarische Demokratie – über die wir, da ist der Kanzlerin ja zuzustimmen, „auch froh“ sein sollten - doch einigermaßen radikal zu erweitern, plötzlich in einer ähnlichen Lage wie der, für die Arendt im Blick auf den Beginn des demokratischen Projekts der Moderne im Ausgang des 18. Jahrhunderts von einem „Abgrund der Freiheit“ gesprochen hat (Arendt 1979,433). Denn auch wenn sie etwas später schreibt, dass es „typisch für die abendländische Tradition“ sei, dass die Menschen der Praxis (...) das neue als verbesserte Auflage des Alten zu begreifen versucht“ hätten (a. a. O. 422) und wenn ich auf dieser Linie für eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ argumentieren würde: es geht hier um etwas Neues, das vermeintlich längst Altbewährtes ziemlich gründlich verändern soll. Mit Sicherheit jedenfalls geht es um sehr viel mehr, als um ein „Update für die Demokratie“, wie es die Heinrich-Böll-Stiftung gegenwärtig fordert (SZ 2016).

An dieser Stelle scheinen mir einige Überlegungen angebracht, die am Ende auch philosophische Fragen berühren, wie an dem Arendt-Zitat schon erkennbar wird. Auch wenn solchen Fragen im Rahmen dieses Kapitels selbstverständlich nicht vertiefend nachgegangen werden kann,¹⁸ will ich wenigstens in stark komprimierter Form einige mir wichtige Punkte anreißen.

Wie dargelegt sind die Grundlagen für eine neue Wirtschaftsdemokratie keinesfalls alte sozialistische Zielvorstellungen. Und erledigt hat sich nicht nur das, was einmal „real existierender Sozialismus“ genannt wurde. Erledigt haben sich vielmehr auch jegliche Modelle gesellschaftlicher Entwicklung in hegelmарxistischer Tradition. In der wissenschaftlichen Debatte hat das in den 1950er Jahren vor allem Arendt mit großem Nachdruck betont (Kohn 2011); und sie hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, dass der Marxismus „die wesentliche Enttäuschung des Zeitalters“ geworden sei (Arendt 2003,254). Spätestens seit der Implosion des Realsozialismus haben dann die verschiedenen Marxismen auch einen vielleicht noch verbliebenen Rest an Überzeugungskraft weithin verloren. Kaum jemand bestreitet heute noch im Ernst, dass die vor uns liegende Zukunft offen ist, auch wenn wir sie nur aus je gegebenen Bedingungen heraus entwickeln können. Unter diesen Bedingungen sind die Formen „neuer Arbeit“ im Hinblick auf die hier verfolgten Überlegungen zu einer Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft von herausgehobener Bedeutung. Aber die Entwicklung „neuer Arbeit“ im Zeichen fortschreitender Digitalisierung ist, wie gezeigt, ein widersprüchlicher Prozess. In ihm entstehen neue Potentiale der lebendigen Arbeit, die zu mehr Autonomie der gesellschaftlichen Individuen führen können; aber sie werden auch von Prozessen

¹⁸ Ich habe verschiedentlich betont (zuletzt Martens 2016a, 215ff), dass wir als Sozialwissenschaftler, wenn wir uns über die Motive unserer wissenschaftlichen Arbeit Klarheit verschaffen wollen, auch auf grundlegende philosophische Reflexionen verwiesen sind, weil wir anderenfalls Gefahr laufen, uns von „spontanen Philosophien“ leiten zu lassen. Vgl. Grundlegend dazu Wolf 2002. Zu den hier angestellten philosophischen Überlegungen siehe zuletzt Martens 2016b, 215ff.

fortschreitender Selbstunterwerfung unter die Zwänge einer entfesselten Marktökonomie geprägt. Zugleich unterliegen die Institutionen unserer „institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften“ (v. Ferber 1961) - wie sie sich in den wohlfahrtsstaatlichen Demokratien der ersten Nachkriegsjahrzehnte, scheinbar eine stetige Weiterentwicklung von Arbeit, Fortschritt und Glück versprechend, herausgebildet haben – einem zunehmend verschärften Erosionsdruck.

Gegenwärtig führt dies zum Beispiel im Kontext der Europakrise zu teils eher akademischen, teils bewusst politisch geführten Debatten, in denen sich drei Positionen unterscheiden lassen: Von einigen Wissenschaftlern, so etwa Fritz W. Scharpf (2015) und Martin Höpner (2015) wird eine im Kern dillemmatische Konstellation gesehen, in der die EU, wenn sie den Euro retten wolle, in den südeuropäischen Staaten nur die derzeit verfolgte Politik weiter forcieren könne, auch wenn die dort Wohlfahrtsstaatlichkeit zerstört und demokratisch kaum mehr legitimierbar sei. Andere wie etwa Jürgen Habermas plädieren – gegen eine „Auflösung von Politik in Marktkonformität“ (Habermas 2015) - für die Herstellung einer politischen Öffentlichkeit in der EU und zielen so auf eine „aufgestufte Souveränität“, die sicherstellen soll, dass im je nationalstaatlichen Rahmen „erreichte Rechts- und Sozialstaatlichkeit (...) nicht verloren gehen dürfe“ (Habermas 2014, 533). Während so die Verteidigung erreichter institutioneller Errungenschaft ins Zentrum gerückt wird, legt eine dritte Position, die ich in Bezug auf diese Debatte vertreten habe (Martens 2016a, 44-67), den Hauptakzent auf die Potentiale einer sich in den ablaufenden epochalen Umbrüchen neu herausbildenden Subjektivität.

Ähnlich - wenn auch nicht bezogen auf diese Debatte, sondern ganz fokussiert auf die Herausforderungen zu einer Demokratisierung von Arbeit, und damit scharf gegen den Habermasschen Dualismus von Arbeit und Interaktion gerichtet (Peter 2009, 89-72) – argumentieren auch Georg u. a. (2016). Dabei heben sie auf der Arbeitsebene besonders stark die „Eigenmächtigkeit der Betroffenen“, also der Arbeitenden hervor. Im Blick auf ihren Gegenstand begreifen sie diese starke Akzentsetzung als Radikalisierung der These des „Epochenbruchs“. Oder, wie Gerd Peter (2012, 113) formuliert:

„Notwendig werden Strukturentwicklungen, die aus der schöpferischen Kreativität der arbeitenden Subjekte ihre Kraft gewinnen müssen. Zunehmend wird folgerichtig die Konstitutionskraft für eine neue Arbeitspolitik in der Ambivalenz der ablaufenden Prozesse der Subjektivierung von Arbeit verortet.“

Solche notwendigen, also Notwendenden Strukturentwicklungen, sind aber nur als Entwicklungsmöglichkeit in den Potentialen „neuer Arbeit“ angelegt. Außerdem darf man nicht verkennen, dass den hier bei Peter, bei Georg u.a. oder auch bei mir zugrundegelegten philosophischen Überlegungen, die an Helmuth Plessners Philosophische Anthropologie und sein Verständnis der „exzentrischen Positionalität“

des Menschen anschließen¹⁹, durchaus ein pessimistischer Grundzug eigen ist. In einem späten Aufsatz über den „Aussagewert einer Philosophischen Anthropologie“ findet sich bei Plessner ein Denken, das Alfred Schmidt (1977,77) als jenes „pessimistische Moment“ bezeichnet hat, das „materialistischer Philosophie, die etwas taugt, inne(wohnt).“ Nun lässt sich Plessner sicherlich nicht der Traditionslinie materialistischer Philosophie zuordnen, aber Sätze wie:

Die „Manifestation“ der exzentrischen Positionalität des Menschen „ist kulturelle Produktivität, welche, wie sich an aller Geschichte ablesen lässt, der Sicherung von gesellschaftlichen Einrichtungen dient, deren Auflösung sie dadurch heraufbeschwört. Ortlos, zeitlos, ins Nichts gestellt, treibt sich das menschenhafte Wesen beständig von sich fort, ohne Möglichkeit der Rückkehr, findet sich immer als ein anderes in den Fügungen der Geschichte, die es zu durchschauen, aber zu keinem Ende zu bringen vermag. Die menschliche Welt ist weder auf eine ewige Wiederkehr noch auf ewige Heimkehr angelegt. Ihre Elemente bauen sich aus dem Unvorhersehbaren auf und stellen sich in Situationen dar, deren Bewältigung nie eindeutig und immer in Alternativen erfolgt.“

lassen da an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Man könnte auch sagen: die ganze Härte einer existenzialistischen Weltsicht, also in Albert Camus Worten die „Absurdität“ unserer Existenz (Camus 2011), kommt hier zum Ausdruck. Plessner betont zugleich sehr grundlegend, und wie ich denke zu Recht, dass es in der menschlichen Lebenswelt nie um Endzustände und immer um Alternativen weiterer Entwicklung geht. Und für die politische Philosophie Plessners ist es dann nicht überraschend, wenn er die Bedeutung des Selbstbildes, das wir uns von uns machen, also unser Menschenbild, besonders hervorhebt. In der oben zitierten, tief- oder auch abgründigen philosophischen Reflexion, unsere „menschliche Welt (sei) weder auf eine ewige Wiederkehr noch auf ewige Heimkehr angelegt“,²⁰ schwingt

¹⁹ Den Menschen und seinen Bezug auf Welt, seine Lebenswelt, macht danach die Möglichkeit des Zurücktretens, Innewerdens, der Selbstreflexion aus – und er ist dabei immer mitweltlich konstituiert: Er hat Außenwelt, der gegenüber er ein Zentrum bildet und er ist zugleich deren Peripherie, also deren Teil aus der Sicht aller Anderen. Er ist ein Ich und gleich ursprünglich ein Du. Er hat eine Innenwelt, und die hat zugleich, als immer schon dialogisch konstituierte, ihn. Er hat eine Mitwelt und er ist deren Teil. Im Menschen birgt so, anders als bei den Tieren, das „Leben *als eine seiner* Möglichkeiten Existenz“ (Plessner 1973,390). Und in diesem Existieren, das sich prozesshaft vollzieht, in dem Individuierung und Aufgehen in Anderen, anderen Einzelnen oder auch Kollektiven, stets neu geschieht, geht es folgerichtig beständig darum, Grenzziehungen zu vollziehen, zu respektieren, zu überschreiten, neu zu finden. In diesem Sinne leben wir als Einzelne in mitmenschlicher Existenz immer in Kooperation und in Konflikt. Man kann heute an dieses Grundverständnis, das für ja für meine Überlegungen in Kapitel 2 grundlegend und das für weitere empirische Forschung, etwa auf dem Feld der Anthropologie, offen ist, mit Michael Tomasellos (2009) Argumenten dafür anknüpfen, dass nur wir Menschen aufgrund unserer „Wir-Intentionalität“ zu Kooperation und politischem Zusammenhandeln befähigt sind (vgl. Martens 2014c), und man hat dann zusätzlich fundierte Argumente gegen das neoliberale Menschenbild, aber auch gegen die Habermassche strikte Trennung von Arbeit und Interaktion in der Hand.

²⁰ Damit ist diese Bemerkung erkennbar sowohl gegen die für Nietzsches dionysisch-rauschhafte Vorstellung einer individuellen Bewältigung eines Sinn- und Ziellosen

allerdings so etwas wie eine gewisse Wehmut über diese existenzialistische Einsicht mit. Für Arendt hingegen ist gerade der Fortgang einer immer wieder offenen Entwicklung, die mit jeder neuen Generation neu anhebt, das, was sie hoffnungsvoll stimmt. Gerade das sozialistische „Ideal von einem Staatslosen, und das heißt bei Marx politiklosen Endzustand der Menschheit“, gewissermaßen als ein Telos also, ist für sie „keineswegs utopisch; es ist nur grauenhaft“ (Arendt 1993, 79) - grauenhaft deshalb, weil in solchem Endzustand gerade die Tätigkeiten, die uns aus ihrer Sicht zu handelnden Menschen machen, zum Erliegen kommen. Wie in Kapitel 2 gezeigt sind hier auch wichtige Überlegungen aus Marcuses Philosophie der Befreiung anschlussfähig.

Wenn aber die Forderung nach Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft erhoben wird, dann geht es in zentraler Weise um ein Menschenbild, das für unsere weitere kulturelle Entwicklung orientierend werden soll. Und das wäre eines, das uns als zu Kooperation und Zusammenhandeln befähigte gesellschaftliche Wesen nimmt und so gegen das Bild des im „Spiel des Lebens“ egoistisch seine Einzelinteressen verfolgenden homo oeconomicus gerichtet ist, das uns gegenwärtig, wie Frank Schirrmacher (2013) zeigt, nicht nur gedanklich nahegelegt, sondern über die Algorithmen unserer immer weiter digitalisierten Welt ganz praktisch einzuprägen versucht wird. Und wir sollten wissen, dass wir uns - nach dem Ende der Fortschrittsgläubigkeit der Arbeiterbewegung - bei der Philosophischen Anthropologie an einem Denken orientieren, das von einer ausgeprägten Skepsis und nach den Erfahrungen der „Nacht des 20. Jahrhunderts“ auch einigem Pessimismus gekennzeichnet ist.²¹ Es ist von daher nicht überraschend, dass Plessner dort, wo er sich, eher beiläufig, über politische und kulturelle Entwicklungsperspektiven geäußert hat, sehr zurückhaltend formuliert. So stellt er etwa 1956 in einem Aufsatz über „die Funktion des Sports in der industriellen Gesellschaft“ fest, dass die gegenwärtige Kultur ihr Ziel – und das hätte ja zentral mit ihrem Menschenbild zu tun – nicht mehr angeben kann und anzugeben wagt (Plessner 1956, 164). Mehr Zuversicht, gepaart mit politischer Tatkraft findet man da eher bei existenzialistisch orientierten DenkerInnen wie Albert Camus oder Hannah Arendt – oder eben am Beginn des

Naturgeschehens wichtige Idee der ewigen Wiederkehr gerichtet als auch gegen Blochs Idee von Heimat als etwas, das noch nie war, was wir aber finden oder schaffen können, also gegen die eschatologischen Gehalte eines metaphysischen Marxismus.

²¹ In frühen Arbeiten hat es Plessner, der als Philosoph durch die Schule Kants gegangen ist, abgelehnt, den Menschen evolutionär im Wege eines monistischen Naturalismus zu erklären. Dagegen sagt er, dass „Leben in ihm gleichsam noch einmal potenziert“ und er daher „Lebens Leben: Geist“ sei. (Plessner 1937, 57f). Hier zitiert Plessner also Goethe, der geschrieben hat: „Denn das Leben ist die Liebe und des Lebens Leben Geist“ (Zitiert nach Mann 1981, 127), stellt also einen Bezug auf dessen an Spinoza geschultem Pantheismus her. In einem Vortragstext aus dem Jahr 1968 schreibt er dagegen, dass wer wisse, was die Leidenschaft vermag, an „die befriedende und verklärende Macht der Einsicht“, die (so Spinoza) „im amor die intellectualis entspringt und mündet“ (...) nicht mehr zu glauben wage – „kleinmütig, wie ihn die Erfahrungen des 19. Und 20. Jahrhunderts mit der Bestialisierung der hochindustrialisierten Gesellschaft gemacht haben“ (Plessner 1968, 350).

demokratischen Projekts der Moderne bei Denis Diderot.²² Ich will Überlegungen zu den Gründen hierfür an dieser Stelle nicht vertiefen und stattdessen nur anmerken, dass für eine optimistischere Herrschaftskritik, wie sie etwa Frieder O. Wolf mit seiner „radikalen Philosophie“ (2002) formuliert hat, einiges damit zu tun hat, dass deren weitere herrschaftskritische Ausarbeitung zum einen nicht wesentlich als eine Aufgabe angesehen wird, die vorrangig, wenn nicht allein den Philosophen zugeschrieben wird – Arendt will „die Menschen (also alle) zu handelnden Wesen machen - und zum anderen nicht nur auf Klassenverhältnisse hin, sondern gleichermaßen auf das Geschlechterverhältnis und auf unser Naturverhältnis bezogen betrieben werden muss.

Es kommt dabei, das wäre meine Schlussfolgerung, heute ganz gewiss wesentlich auf die neuen Potentiale im Zuge der Herausbildung neuer „subjektiver Arbeit“ an. Aber ein anderes Menschenbild wird sich – auch wenn „gesellschaftliche Arbeit weiterhin (ein) Zentrum gesellschaftlicher Reform“ (Peter 2009) bleiben muss - nicht ausschließlich von der Arbeitsebene her entfalten lassen – und man wird auch füglich bezweifeln dürfen, dass ihm eine Dialektik der Entwicklung von Wirtschaft und von Arbeit und Technik derart zuarbeitet, dass man die Fragen der politischen Umgestaltung der Gesellschaft fast beiläufig behandeln kann, wie dies z.B. bei Paul Mason (2016) mindestens zum Teil der Fall ist . Der Bezug auf Arbeit wird auch nicht unter Rückgriff auf das Konstrukt eines Proletariats als „revolutionäres Subjekt“ erfolgen können, denn wie Jacques Rancière (2002, 100) gezeigt hat, handelt es sich hier empirisch um den „Namen der Klasse, die keine ist“, die mit anderen Worten bei Marx gedanklich noch aus den Mystifikationen der idealistischen Hegelschen Dialektik entsprungen ist, die Marx selbst für überwindungsbedürftig erklärt hat (Schmidt 1977,74). Deshalb ist ein anderes als das neoliberal geprägte Menschenbild vor allem an das Entstehen neuer politischer Prozesse gebunden, die nur gedacht und konzipiert werden können als Prozesse, die mit einer Offenlegung und offensiven Kritik der stattfindenden Prozesse von Postdemokratisierung und Refeudalisierung verknüpft werden müssen. Und im Blick auf eine Initiierung oder Verstärkung solcher politischer Prozesse ist immer zu bedenken, dass insbesondere die mit dem Begriff des Sozialismus belegten Fortschrittshoffnungen, ebenso wie der Begriff des Sozialismus selbst, einem erheblichen „moralischen Verschleiß“ unterliegen, um an dieser Stelle einen Marxschen Begriff zu verwenden.

7. Das neue vergoldete Zeitalter und die „marktkonforme Demokratie“ als Weg zu weiterer Postdemokratisierung und Refeudalisierung

Damit komme ich nach diesem kurzen philosophischen Exkurs wieder auf die heute vorfindliche empirische Wirklichkeit zurück. Wir erleben derzeit ein zweites

²² Vgl. zu Arendt und zu Diderot Martens 2013/16 und 2014b, zusammenfassend zur Bedeutung der radikalen Französischen Aufklärung für die philosophischen Diskurse der Gegenwart Martens 2014a sowie Martens 2017

„vergoldetes Zeitalter“. Ich wähle diese weiter vorne schon einmal verwendete Formulierung in Anlehnung an Mark Twain und James Dudley Warner (2010), die im Ausgang des 19. Jahrhunderts von einem (ersten) „vergoldeten Zeitalter“ gesprochen haben. Das war in den USA die Zeit der Carnegies und Rockefellers, der fortschreitenden gesellschaftlichen Spaltung von Arm und Reich, eines entfesselten Kapitalismus, der 1929 in die (auch wieder erste) große Weltwirtschaftskrise mündete. Solche Spaltungsprozesse mit der Konzentration von Eigentum, Vermögen und politischer Macht im Zeichen einer nur noch gläubig zu nennenden Markttrivialität erleben wir heute wieder (Freeland 2013, Piketty 2014, Martens 2016a, 162ff). Von der Erosion der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften, der Krise der Wohlfahrtsstaatlichkeit der Nachkriegsdemokratien oder der „sozialen Bürgerschaft“ ihrer Bewohner (Balibar 2008) wird angesichts dieser Veränderungsprozesse schon lange gesprochen. Inzwischen muss man aber dazu feststellen – mit dem Philosophen Tilo Wesche z.B. (2014), der dabei unter anderem auf mein Buch zur „neuen Wirtschaftsdemokratie“ (Martens 2010) Bezug nimmt – dass so „die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen“ untergraben wird. Es geht deshalb heute um einen Weg von der allenthalben proklamierten Marktfreiheit - der unsere Bundeskanzlerin dann eine „marktkonforme Demokratie“ maßschneidern möchte – zur zu erneuernden Demokratisierung unserer Gesellschaft – nicht ohne auch deren Wirtschaft zu demokratisieren.

„Neue Wirtschaftsdemokratie“ ist also gegen die Tendenzen des herrschenden Politikbetriebs ein demokratischer Reformansatz im Kapitalismus, der zu einem möglichen Impuls für weitergehende Transformationsprozesse werden könnte. Und das sehen selbstverständlich auch die Neoliberalen Vordenker, die vorgeblich einen Status Quo verteidigen, der uns allen wenigstens erreichten Wohlstand und erreichte Sicherheiten bewahren soll, tatsächlich aber die gesellschaftlichen Spaltungsprozesse vorantreibt – ökonomisch wie politisch. Paul Krugman (2012,110) zielt exakt auf diesen Punkt, wenn er den von ihm auf Seiten der politischen Rechten in den USA nachgezeichneten „Hass“ gegen die „moderat konservative Botschaft von Keynes“ wie folgt erklärt:

„Keynes forderte zwar nur mäßige und gezielte staatliche Eingriffe, doch den Konservativen war schon das zu viel: Wenn man dem Staat erst einmal zugesteht, dass er bei der Bekämpfung von Krisen eine sinnvolle Rolle spielen kann, dann lebt man, ehe man es sich versieht, im Sozialismus.“

Mit anderen Worten: Instinktsicher und mit allen Mitteln sucht man, jeglichen denkbaren Anfängen eines „neuen Reformismus“ (v. Oertzen 1984) entgegenzutreten – und man hat in der Tat im Zuge des über Jahrzehnte hinweg überaus erfolgreichen neoliberalen Rollbacks die Führung der heutigen Sozialdemokratie früher schon einmal klarerer Orientierungen beraubt.

Meine These lautet also, dass Vorstellungen einer „marktkonforme Demokratie“ die konsequente Fortführung der schon laufenden Prozesse einer Postdemokratisierung sind. Und deren weitere Perspektive würde ich unter dem Begriff einer Refeudalisierung fassen. In ihrer *sozialen Dimension* ist die z.B. von Sieghard Neckel (2013), anschließend an Überlegungen von Habermas schon aus dem Jahre 1962, analysiert worden. Da geht es unter anderem um Veränderungen der Werte, der Sozialstruktur und der öffentlichen Wohlfahrt. Neckel spricht (1) von einer *Refeudalisierung der Werte* – etwa bei der Begründung hoher Gehälter durch Eigeninitiative und Selbstverantwortung statt durch Leistung; (2) der *Refeudalisierung der Wirtschaftsorganisationen* – damit meint er die Etablierung einer geradezu ständisch privilegierten Managerklasse, die für den Shareholder Value die erforderlichen Dienste erbringt -; (3) der *Refeudalisierung der Sozialstruktur* – hier geht es um die Wiederkehr von im Wohlfahrtsstaat zurückgedrängten Dichotomien, die Zementierung der Abstände zwischen entrückten Eliten und neuer Prekarität, die fast schon wieder selbstverständliche Hinnahme von Armut -, und schließlich (4) einer *Refeudalisierung des Wohlfahrtsstaates*, die sich in der Form vollzieht, dass öffentliche Wohlfahrt zunehmend als Spende und Stiftung reprivatisiert wird – also ein Zurück zum früheren feudalen Umgang mit Armut.

In ihrer *ökonomischen Dimension* hat Karl Georg Zinn (2015 und 2016) unlängst ebenfalls von Refeudalisierung gesprochen. Er konstatiert ein Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik – ganz den Langfristprognosen von Keynes, aber auch von Schumpeter entsprechend. Gewinne können nicht mehr profitabel reinvestiert werden. Auch dort, wo von „grünem Wachstum“ oder einem neuen ökologischen New Deal gesprochen werde, handele es sich im Kern – jedenfalls im Blick auf die industriekapitalistischen nordatlantischen Länder - nicht länger um den alten „kapazitätsbildende(n) Investitionstyp“, sondern im Wesentlichen um, wenn auch sicherlich innovative und weiterhin produktivitätssteigernde, Substitutionsinvestitionen“ (a. a. O. 104).²³ Kapital wird also weniger investiert, vagabundiert und wird anders genutzt. „Wenn die Kapitalakkumulation ihre Grenze erreicht, lässt sich der Mehrwert nicht zuletzt für die neue alte Prachtentfaltung verwenden“ (Zinn 2016,18) – oder man kauft Fußballvereine etc. Wenn daher eine „Investitionspolitik (...) einer neuen Zielfunktion folgen“ müsse, die man unter der Formel „sichern statt wachsen“ und „schützen statt erweitern“ zusammenfassen könne, so Zinn weiter, dann laufe eine entsprechende „Koordination von Ex-Ante-Größen (...) auf eine gesamtwirtschaftliche Investitionsplanung hinaus“, wie sie schon von Keynes mit seiner Vorstellung der „Sozialisierung der Investitionen“ in seiner Langfristanalyse vor Augen gehabt habe (a. a. O, 104f). Zinn (2015, 109 und

²³ Dieser voraussichtlich krisenhaft verlaufende Prozess hin zu einer „neuen sozialökonomischen Formation“ (Zinn 2016, 14) vollziehe sich schleichend und werde von der Mehrheit der Zeitgenossen kaum „als fundamentaler Wandel“ (a. a. O. 14) erkannt. Auf der Wissenschaftlichen Tagung des IWF im November 2013 habe aber immerhin einer der Referenten gefragt, ob es sich der seit den 1970er Jahren anhaltenden Wachstumsschwäche um eine „säkulare Stagnation“ handele, dann zwar nicht weiter nach möglichen Ursachen gefragt, es aber immerhin gewagt, dieses „Tabu-Wort“ zu benutzen.

2016, 16ff) unterscheidet idealtypisch „zwei grundsätzliche Möglichkeiten des ‚Kapitalismus ohne Wachstum‘“ bzw. der Mehrwertrealisierung ohne Akkumulation: eine „oligarchisch kapitalstaatliche Version“, in der „Luxus- und Statuskonsum“ prägend werden und soziale Spaltungsprozesse sich weiter verschärfen und eine „sozialstaatliche Version“ die über eine steigende Lohn- und Staatsquote und öffentliche Güter einen Abbau von Verteilungsungleichheiten anzielen würde.

Ob wir es hier mit denkbaren Varianten einer möglicherweise relativ stabilen „neuen sozialökonomischen Formation“ (Zinn 2016, 14) zu tun haben, sei hier dahingestellt. Immerhin würde ein oligarchisch-kapitalstaatlicher Neofeudalismus „offensichtlich demokratiefeindlich und menschenrechtswidrig“ sein (a. a. O. ,21), also relativ brutale Mittel der Herrschaftsicherung benötigen; und der sozialstaatliche Neofeudalismus lässt schon in der Aufzählung seiner ökonomischen Merkmale bei Zinn erkennen, dass hier Öffnungen zu einer weitergehenden sozialen und politischen Transformation der Gesellschaft entstehen. Aber an diesem Punkt wird es zunächst wichtig, die politische Dimension der gegenwärtig fortschreitenden Reifeudalisierung genauer zu betrachten. Diese *politische Dimension* hat mich zuletzt besonders interessiert (Martens 2016a). Hier geht es um die Verselbständigung von Eliten – schon Bourdieu (2004) hat für Frankreich in einer Analyse sozialer Ungleichheit und ihrer gesellschaftlichen Reproduktion im Hinblick auf die französischen Eliteuniversitäten vom neuen „Staatsadel“ gesprochen –, um zunehmend oligarchische Strukturen, die Stärkung autokratischer Strukturen etc.²⁴ Und hier eben kommt man, wenn die Politik unerschüttert von allen vorliegenden Erfahrungen und Analysen, der *Marktgläubigkeit* des Neoliberalismus verhaftet bleibt – also im Grunde auch der Hayekschen Überzeugung von einer überlegenen Vernunft des Marktes (kritisch Crouch 2015) – zu der Überzeugung, dass man unsere Demokratie marktkonform weiterentwickeln muss. Der inneren Logik nach, aber auch schon in benennbaren praktischen Schritten, geht es um die „Auflösung von Politik in Marktkonformität“, von der Habermas spricht. Alle weiterhin supranational forcierten Vermarktlichungsimpulse – vom EUGH bis hin zu TTIP und CETA – folgen dieser Logik – und für die Parlamente sind am Ende bestenfalls noch „Mitbestimmungsrechte“, so Merkel in ihrer Davoser Rede, in Bezug auf die an einer „höheren Vernunft“ ausgerichteten Entscheidungsprozesse abgehobener Eliten vorgesehen.²⁵ Freilich geht es näher betrachtet nie nur um diese höhere Vernunft.

²⁴ Auch linksradikaler Positionen wenig verdächtige soziologische Klassiker wie Helmuth Plessner oder Norbert Elias haben schon früh davon gesprochen, dass der „parlamentarischen Demokratie in den funktionsteiligen Großgesellschaften der ständige Umschlag in den totalen Staat“ drohe (Plessner 1962, 280), oder dass sich die „Vereinigten Staaten von einer oligarchisch regierten Republik in ein diktatorisch regiertes Land, möglicherweise eine Präsidialdiktatur verwandeln“ könnten (Elias 1985, 107).

²⁵ Und kennzeichnend für die engeren Sozial- und politikwissenschaftlichen Debatten hierzulande, in denen insbesondere Jürgen Habermas beharrlich den Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie fordert (Habermas 2014), ist, dass die kritischen Erwidern darauf, sich inzwischen damit begnügen, in der Konstatierung von Dilemmata zu enden. Siehe Kritisch dazu Martens 2016a, 44-67.

Vielmehr sind bei solcher fortschreitenden Entbettung des Marktes immer auch private Interessen im Spiel, wie der wuchernde Lobbyismus belegt.²⁶ Zinn (2016,21) spricht völlig zutreffend von einer marktradikalen „starke(n) ökonomische(n) Einflussnahme auf die Politik“ als Merkmal seines Negativszenarios einer „oligarchisch kapitalstaatlichen“ Version des Neofeudalismus.

Wenn man in allen diesen Zusammenhängen den Begriff der Refeudalisierung verwendet, dann ist allerdings die Habermassche Begriffsdefinition wichtig: er versteht Refeudalisierung, von der er schon in seiner Analyse des „Strukturwandels der Öffentlichkeit“ (1962) als einer Möglichkeit spricht,

„nicht als die Wiederkunft einer historisch längst vergangenen Epoche, (sondern als...) eine prozessierende Selbstwidersprüchlichkeit (...), die ab bestimmten Stellenwerten in der Weise umschlagen kann, dass gesellschaftliche Institutionen jene normativen Eigenschaften verlieren, die sie einst als historisch neu gekennzeichnet haben“ (zitiert nach Neckel 2013,14)

Führt man sich alle voranstehend umrissenen Veränderungstendenzen in ihren sozialen, ökonomischen und politischen Dimensionen vor Augen, dann wird man bemerken, dass wir uns heute in der Tat einem Umschlagspunkt einer solchen prozessierenden Selbstwidersprüchlichkeit nähern, der, wenn sich die derzeit wirksame immanente Prozesslogik weiter entfaltet, in der Tat tiefgreifende Veränderungen unserer Gesellschaft markieren wird - ganz entgegen der Behauptung der Konservativen, es gehe um die Bewahrung bewährter Regelungsmechanismen und Verhältnisse.

8. Neue Wirtschaftsdemokratie: Ansatzpunkt einer nachhaltigen Gestaltung von Arbeit und Leben

Worauf zielt nun dem hingegen - wenn ich von drohenden, weiter fortschreitenden dynamischen Veränderungen unserer Gesellschaft in der eben umrissenen Richtung

²⁶ Der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow hat unlängst gegenüber der SZ berichtet, dass Bundestagsabgeordnete nach seinem Überblick wöchentlich ca. 200 Mal kontaktiert, also wohl vor allem angemalt würden. Parteiübergreifend ganze 40 von etwa 600 Abgeordneten dokumentieren ihre Kontakte, dann also wohl die persönlichen, sorgfältig. Das alles ist nicht neu, aber es wird mit immer größerer Selbstverständlichkeit zum Kern des politischen Geschäfts als einem Aushandlungsprozess innerhalb der Machteliten gemacht. Dass „das einzige Mittel, das Eindringen korrumpierender Privatinteressen in den öffentlichen Raum zu verhindern(...) die Öffentlichkeit selbst“ ist, war wie Arendt (1974, 323) schreibt, bereits Thomas Jefferson sehr klar. Und Wolfgang Koeppen hat in seinem Roman „Das Treibhaus“, in dem er das Entstehen der Bonner Republik mit den Augen des „Schriftstellers in der traurigen Rolle der Cassandra unter den Trojanern“ (Martens 2016d) wohl schärfer als jeder Andere zu dieser Zeit seziert, wie „auf vielen Wegen (...) zur Macht und zur Pfründe gereist“ wird (Koeppen 1990,247f). Neue Wirtschaftsdemokratie wäre so in Bezug auf die hier angedeutete marktradikale Entkopplung von Politik und Zivilgesellschaft ein Ansatz ihr wieder eine andere neue „Bodenhaftung“ in der Gesellschaft zu verschaffen.

ausgehe – eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“, welche andere Entwicklungsrichtung wird von ihr also angezielt, damit ein solches Negativszenario nicht Wirklichkeit wird?

Zuerst ist hier auf alle ökonomisch diskutierten Maßnahmen zur *Wiedereinbettung der Märkte* einzugehen. Die sind so etwas wie eine *Grundvoraussetzung*, um die es von Beginn an gehen muss, und sie sind zugleich eine demokratische Herausforderung und Chance: Mit einer Regulierung der Finanzmärkte, einer Stärkung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Investitionen sowie der Schaffung von Möglichkeiten zu demokratisch legitimierten gesamtwirtschaftlich steuernden Eingriffen, national und europäisch, wäre ja nicht nur verbunden, dass der ökonomische Prozess der Gesellschaften der EU anders orientiert wird. Das Ziel wäre dann nämlich auf eine Stärkung von Binnennachfrage durch Veränderungen in Richtung auf eine Transferunion sowie auf Impulse für ein qualitatives Wachstum also auf „sichern statt wachsen“ und „schützen statt erweitern“.

Bei einer solchen Entwicklung ginge es aber zugleich um deren demokratisch andere Legitimierung durch geeignete Instrumente und unter aktiver Beteiligung der zu ihrer Nutzung kompetenten WirtschaftsbürgerInnen.²⁷ Dabei kommen Formen demokratischer Beteiligung auf allen Ebenen ins Spiel, also beginnend mit einer Demokratisierung von Arbeit, durch die die sogenannten „Arbeitskraftunternehmer“ die Organisation ihrer Kooperation bei der Erzeugung von Produkten für den Markt unter Voraussetzung jeweils individuell klarer Perspektiven wirklich aktiv mitgestalten können, bis hin zu Rahmensetzungen für und Eingriffe in Märkte, die mit der erforderlichen Transparenz demokratisch erörtert und legitimiert werden. Benötigt werden dazu unternehmensübergreifende Instrumente auf den verschiedenen Ebenen – von Kommune und Region bis hin bis zur staatlichen, und in Bezug auf die EU zur supranationalen Ebene. Aber deren Entwicklung mittels der Chancen der Digitalisierung und deren Nutzung unter aktiver Beteiligung der Wirtschaftsbürger erfordert neben den Kompetenzen, die sich unter den Bedingungen neuer Arbeit ja längst entwickeln, auch Zeit. Es wird also auch darum gehen, so Rüdiger Safranski (2015,184) „die Ökonomie unter die Eigenzeit demokratischer Entscheidungen zu zwingen und nicht umgekehrt“.²⁸

Letztlich stellt sich so die Frage, ob wir es angesichts einer seit Mitte der 1970er Jahre verdoppelten gesellschaftlichen Reichtumsproduktion, die ja Zeitressourcen

²⁷ Durchaus anregend sind in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Vorschläge der Initiative „economic power to the People“ (www.wirtschaftsddemokratie.de).

²⁸ Rüdiger Safranski verweilt als Philosoph gewöhnlich in reflexiver Distanz zur Politik und äußert sich in seinen Büchern nur selten explizit zu ihr. Schon gar nicht entfaltet er da analytisch weiterführende Überlegungen. Doch seine Ausführungen dazu, dass eine „Frontlinie der künftigen Kulturkämpfe in den westlichen Industriestaaten zwischen den Beschleunigern des digitalen Kapitalismus und den Entschleunigern verlaufen werde“ (Safranski 2015,182) ist, wie die oben zitierte Feststellung zutreffend, auch wenn Safranski damit an „Eigenzeit“ für die Einzelnen im Interesse einer gelingenden work-life-balance denken dürfte und nicht an Zeit für ein politisches Zusammenhandeln in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft.

eröffnen würde, zulassen wollen, dass die parlamentarische Demokratie „marktkonform“ an entfesselte Märkte angepasst wird – und das heißt verschärfte Postdemokratisierung und Refeudalisierung - oder ob wir durch eine neue Wirtschaftsdemokratie die parlamentarische Demokratie erweitern und zugleich die Märkte neu einbetten können. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es aus der Zeit als die Maxime galt „mehr Demokratie wagen“ – und nicht, wie 2005 unter der ersten Regierung Merkel, die, „mehr Freiheit“ zu wagen, wobei die Freiheit der Einzelnen als „homini oeconomici“ gemeint war – Instrumente gibt. Nicht nur Robert Jungks Zukunftswerkstätten (Jungk/Müllert 1981) sondern z. B. auch Peter Dienels „Planungszellen (Dienel 1997) wären hier zu nennen. Stuttgart 21 war unter heutigen Bedingungen ein aufschlussreiches Beispiel dafür, wie sich solche Bürgerbeteiligung in einer digitalisierten Welt organisieren lässt. Allerdings kam es zu diesem Beispiel erst, nachdem massive Bürgerproteste einen politischen Entscheidungsprozess – verlaufen nach den üblichen Mustern und mit den in ihn so einfließenden Interessen - zum Wanken gebracht hatten, auch wenn dessen Revision schließlich nicht mehr gelang.

Es ist heute zu begrüßen, wenn die IG Metall auf Beteiligung und Mitbestimmung im Hinblick auf eine „lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft“ setzt (Wetzel 2015). Und es ist auch loblich, wenn die Heinrich-Böll-Stiftung angesichts der eingetretenen Prozesse einer „Postdemokratisierung“ ein „Update für Demokratie“ fordert (SZ 2016). Aber wenn man bei der Beteiligung im Betrieb, also der Demokratisierung der Arbeit; stehen bleibt oder für ein „Updating“ die Sphäre der Wirtschaft ausspart, greift man angesichts der Herausforderungen der Gegenwart mit Sicherheit zu kurz. Und wenn man - wie der DGB in einer Anzeige vom 30. Juni 2016 anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums des MitbestG'76, also der bereits zurückgestutzten Montanmitbestimmung - die Mitbestimmung zum zukunftssträchtigen „demokratischen Gestaltungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft“ erklärt, dann orientiert man in Wirklichkeit auf die Vergangenheit zurück! Denn man fordert dann zwar, völlig zu Recht, gegen die stärker werdenden Tendenzen einer Postdemokratisierung, Beteiligung und Demokratie, aber man offeriert für deren Durchsetzung das Festhalten an der „isolierte(n) Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräfteverhältnisse der Nachkriegszeit“ in einer zwischenzeitlich noch einmal abgeschwächten Form. Dass der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus der ersten nachkriegsjahrzehnte inzwischen längst unter dem Druck einer im neoliberalen Geist forcierten Globalisierung erodiert und dass der Weg dorthin zurück verstellt ist, es vielmehr um neue Lösungen gehen muss, wird in der erforderlichen Schärfe gewöhnlich nicht gesehen. Man kann nur wiederholen: wir stehen noch ziemlich am Anfang davon, Wirtschaftsdemokratie neu zu denken, um sie zu einem Hebel dazu zu machen, Demokratie allmählich von einer Herrschaftsformen – der besten unter allen schlechten, wie Winston Churchill einmal sinngemäß gesagt hat – zu einer uns Menschen als intelligenten und empathischen Wesen angemessenen Lebensform, weiterzuentwickeln.

9. „Neue Wirtschaftsdemokratie“ und die Eröffnung neuer Denk und Diskussionsräume

Ich könnte hier abbrechen. Aber ich möchte doch noch ein paar Überlegungen dazu anstellen, ob eine solche neue Wirtschaftsdemokratie, wie ich sie hier in ganz groben Zügen umrissen habe, wirklich dazu geeignet sein kann, gesellschaftlich eine nachhaltigere Gestaltung von Arbeit und Leben der BürgerInnen zu befördern. Ob und wie sie ein Ansatzpunkt zu einer nachhaltigen Gestaltung von Arbeiten und Leben sein kann, habe ich zwar in der Überschrift zum voranstehenden Abschnitt gefragt, aber noch nicht hinreichend erörtert. Hier muss man sich weitergehend die Frage stellen, was eigentlich geschieht, wenn die Sphäre von Arbeit und Wirtschaft nicht nur mittelbar demokratisch beeinflusst wird, wenn also die Menschen auch hier – in den Worten Arendts, aber nun auch von der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft ausgehend, also basierend auf einer gestärkten, selbstgesteuerten Kooperation, „zu handelnden Wesen werden“?

Zunächst einmal verändern sich, wie oben angedeutet, die ökonomischen Steuerungsmechanismen. In einem hinreichend großen Wirtschaftsraum wie der EU jedenfalls ist das denkbar. Dem Gewicht von Markt- und Wertrationalität werden Grenzen gezogen. Vor allem aber entsteht ein neuer öffentlicher Raum. In ihm kann und soll, demokratisch legitimiert in Eigentumsrechte eingegriffen werden. Und solche Eingriffe sollen auf eine neue Zielfunktion gerichtet sein, die man mit Zinn unter der Formel „sichern statt wachsen“ und „schützen statt erweitern“ zusammenfassen kann. Damit geht es in diesem neuen öffentlichen Raum in einer veränderten Weise um die Gestaltung von Arbeit und Leben. Wie wir arbeiten und leben wollen, kann so zu einem Thema werden, das ganz anders in öffentlichen, politischen Debatten diskutiert wird.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass Claus Leggewie und Harald Welzer (2011) in ihrem Buch „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ – in dem es dem Untertitel entsprechend um „Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie“ geht – dort wo sie die Herausforderung zu einer „großen Transformation“ diskutieren, vor allem auf die Chancen eines „politischen Konsums“ eingehen. Auch sie sprechen von Demokratie- und Elitenversagen (a. a. O. 146) - aber sie haben, anders als ich, die Gewerkschaften angesichts ihrer korporatistischen Einbindung als Teil einer „übergreifenden Kapital-Arbeit-Allianz“ längst abgeschrieben (a. a. O. 144). Also setzen sie auf Basisbewegungen, darauf, dass „Menschen Bürger werden“ (a. a. O. 192ff), auf „Empowerment und Resilienz“ (a.a. O. 196f) und auf eine neue „Kultur der Achtsamkeit“ (a. a. O. 197ff). Das hört sich alles gut an. Aber eine dementsprechende gesellschaftliche Praxis kommt bestenfalls sehr mühsam voran.

Man mag dann in diesem Zusammenhang begrüßen, dass die Vereinten Nationen nach der Weltklimakonferenz von Paris mit ihrer 2030-Agenda Ziele für Nachhaltige Entwicklung, Sustainable Development Goals (SDGs) formuliert haben. Die haben auch sicherlich neue Impulse für laufende Anstrengungen dazu ausgelöst, lokal, also kommunal und regional, mittels verschiedener Instrumente an der Umsetzung

globaler Nachhaltigkeitsziele zu arbeiten. Doch wenn man den öffentlichen Austausch über entsprechende Anstrengungen beobachtet,²⁹ kann man sich nicht dem Eindruck entziehen, hier auf eine zivilgesellschaftlich spezifisch begrenzte Community zu treffen. Die ist für ein neues Denken und bestimmte Handlungsansätze in dessen Richtung sicherlich unverzichtbar wichtig, aber sie fristet im breiten politischen Diskurs der Gesellschaft noch immer eher ein „Nischendasein“.³⁰ Der Weg zu einer Art politischer Graswurzelbewegung mit breiter öffentlicher Resonanz ist noch weit. Aber es fällt nicht schwer sich vorzustellen, dass in dem Moment, in dem in einem entsprechend großen Wirtschaftsraum, wie etwa der EU, makroökonomisch ein qualitativer Keynesianismus politisch bestimmend würde und so ein politischer Raum geöffnet würde, in dem wirtschaftsdemokratische Ansätze erprobt und entwickelt werden könnten, sofort auch ein ganz anderer „Resonanzraum“ für eine öffentliche Auseinandersetzung mit Sustainable Development Goals entstünde. Und wenn man den Einschätzungen des Klimaforschers Mojib Latif folgt (Lesch/Kamphausen 2016, 344-353), wäre dies dringlich. Der geht nämlich davon aus, dass das „2-Grad-Ziel“ der Pariser Klimakonferenz „eigentlich eine politische Vorgabe“ sei, „die so aus der Wissenschaft nicht gestützt werden“ könne (a. a. O. 350). Es sei „alles andere als harmlos“ und im Grunde schon „die Kapitulation der Politik vor den Erfordernissen der Umwelt“ (ebd.), und wenn „wir deutlich unter 2 Grad Celsius bleiben wollen, müssten die weltweiten Emissionen sofort und drastisch sinken. Das ist aber nicht in Sicht“ (a. a. O. 346).

In der Gegenwärtigen Lage bleibt somit die einseitige Orientierung auf einen anderen „politischen Konsum“ eine relativ hilflose Alternative. Das hat damit zu tun, dass, wie Leggewie/Welzer selbst schreiben, „nachhaltiger Konsum (...) im flagranten Widerspruch zum systemischen Umfeld des Konsumkapitalismus“ steht (a. a. O. 190) – vor allem aber auch damit, dass die BürgerInnen als Konsumenten nun wirklich in ihrer größten Vereinzelung adressiert werden, in der sie zugleich dem pausenlosen Bombardement der Werbung ausgesetzt sind. Und dies ist eine Werbung, die – in Zeiten der Digitalisierung mit immer besseren Algorithmen immer perfekter auf die Einzelnen im „Spiel des Lebens“ (Schirmmacher 2013) zugeschnitten – eben jenen homo oeconomicus wirklich immer perfekter hervorzubringen sucht, den das herrschende ökonomische Denken in seinen theoretischen Modellen zugrundelegt und dem die ihm folgende Politik dort, wo sie dazu auffordert, mehr Freiheit zu wagen, die entsprechenden Bedingungen schafft.

Hier geht es also nicht zuletzt um das Menschenbild, das wir uns von uns machen (lassen), und von dem der bedeutendste Begründer der Philosophischen

²⁹ Der 10. Bundesweite Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokales Nachhaltigkeitsmanagement in Dortmund war hier für mich eine wichtige Informationsquelle. Zu den kommunalen Anstrengungen globale Nachhaltigkeitsziele lokal umzusetzen vgl. exemplarisch den Nachhaltigkeitsbericht NRW Kommunal (LAG 21 o.J.)

³⁰ Umweltpolitiker sind selbstverständlich da, einige Unternehmen sponsern, aber die Wirtschaft ist so wenig präsent wie etwa die Gewerkschaften und der herrschende Politikbetrieb folgt indessen weiter den Maximen der „Marktkonformität“.

Anthropologie, Helmuth Plessner, gemeint hat, dass die moderne Gesellschaft es gar nicht mehr wage, es sich zu entwerfen. Für mich wird an dieser Stelle eine Bemerkung von Phillip Blom (2010, 21f) wichtig, der im Prolog zu seinem Buch über die „vergessene Aufklärung“ - also über die radikale „Philosophenfraktion“ der Französischen Aufklärung, die sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts im Salon des Baron d’Holbach getroffen und das demokratische Projekt der Moderne gedanklich wesentlich mit vorbereitet hat und deren Vordenker, Denis Diderot, die treibende Kraft bei der Arbeit an der Enzyklopädie gewesen ist³¹ - zu den Konsumikonen unserer Zeit schreibt:

Die „modernen säkularen Nachfolger“ unserer zutiefst christlich geprägten abendländischen Kultur „fasten nicht mehr, um ihre unsterbliche Seele zu retten – sie halten Diät, versagen sich alltägliche Genüsse, jagen dem Idealbild eines jugendlichen Körpers nach, den sie nie mehr haben werden, fühlen sich dauernd schuldig dafür, dass sie so alt sind, zu schlaff, nicht gut in Form, nicht so, wie sie sein sollten. Die Ikonen unserer Tage zeigen durchtrainierte Körper und per Computer optimierte Modelle anstelle von Heiligen, aber ihre Funktion ist dieselbe geblieben: sie unterminieren den Wert unseres eigenen Lebens, wecken Schuldgefühle, demütigen uns und fordern uns gleichzeitig auf unser Leben einem unmöglichen Ideal zu widmen, einer lebensfernen Vision von ewigem Glück und perfekter Gesundheit, von sonnengebräunter Jugend und inszenierter Eleganz, von Coolness und Reichtum statt kirchlichem Segen“ (a. a. O. 21f).

Mir geht es hier nicht um eine Kritik des Fortwirkens christlicher Denktraditionen in unserer säkularisierten Zeit. Und schon gar nicht geht es mir um Religionskritik zu einem Zeitpunkt, zu dem der erste Papst, der den Namen des Franciscus von Assisi angenommen hat, sagt, dass „diese Wirtschaft tötet“ (Segbers/Wiesgickl 2015). Es geht mir vielmehr um die Frage, ob und wie wir uns als denkende Wesen im Prozess der zurück- und weiterdenkenden „begrifflichen Klärung und Verdichtung“ und unseres „Zusammenhandelns“ noch in die Lage versetzen können, „die menschlichen Angelegenheiten aus der ihnen inhärenten Vergänglichkeit“ zu „retten“. Das klingt pathetisch, aber diese Formulierungen sind aus dem Kapitel „Tradition und Geist der Revolution“ aus Hannah Arendts Buch „Über die Revolution“ entnommen (Arendt 1974,283), in dem sie über Anfänge des demokratischen Projekts der Moderne nachdenkt, das mit der Amerikanischen und der Französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts begonnen hat uns absehbar zum Einsatz der kommenden Konflikte werden wird.³²

³¹ Vgl. in diesem Zusammenhang auch meine Arbeit zu Denis Diderot (Martens 2014b). Um eine Buchveröffentlichung unter dem Titel „Hell flackerndes Irrlicht oder wiedergängerische Gespenster – die Ideen der Aufklärung in den Diskursen der Gegenwart“, die neben anderen diesen philosophischen Text enthält, bemühe ich mich derzeit.

³² Und hier ist dann zu bedenken: Diderots Frontstellung gegenüber der katholischen Kirche ist auf das engste damit verknüpft, dass die zu seiner Zeit dem Bestreben nach wissenschaftlicher Welterklärung massiv entgegensteht und zugleich als herrschende Ideologie, und selbst auch noch weltliche Macht, eine ganz entscheidende Grundlage

Mit diesem demokratischen Projekt der Moderne ist nicht nur die spätere Marxsche Forderung verknüpft, „alle Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch ein geknechtetes und erniedrigtes Wesen ist“, sondern auch der weitergehende Kategorische Imperativ von Arendt, „die Menschen zu handelnden Wesen zu machen“. Und hier denke ich, dass eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ entscheidend mit unserem Menschenbild zu tun hat. Das neoliberale Einheitsdenken der Zeit orientiert uns ja als einzelne egoistische Marktteilnehmer im „Spiel des Lebens“ auf stetiges Wirtschaftswachstum mit immer großartigeren Konsumversprechen – und macht zugleich eben dieses Selbstbild – also die Konsumikone glücklicher, immer junger Menschen - für eine wachsende Zahl von Menschen auch in den sogenannten fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften zu einem Trugbild. Wenn wir darüber wirklich grundlegend neu nachdenken und dann auch praktische Schritte zur Durchsetzung einer „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ gehen können, dann könnte unser Selbstbild, das uns mit dem neoliberalen Einheitsdenken der Zeit so selbstverständlich gemacht worden ist, wirklich veränderbar gemacht werden – durch und für die Menge der Vielen in gemeinsamer gesellschaftlicher Praxis. Kooperation in der Arbeit und Zusammenhandeln in der Sphäre der Politik könnten dann Grundlagen für eine deutlich stärker solidarische Gesellschaft schaffen.

10. Schlussbemerkung

Die Diskussion zu Wirtschaftsdemokratie, im FNPA von Beginn an mit der Forderung verknüpft, sie neu zu denken (Martens/Scholz 2010), hat recht bald nach der Weltfinanz- und neuen Weltwirtschaftskrise eingesetzt. Sie ist kurz auch in den Gewerkschaften geführt, dann aber wieder rasch beendet worden. Für jemanden, der wie ich, hartnäckig an dem Thema weiter arbeitet und es im wissenschaftlichen wie auch arbeitspolitischen Diskurs für unverändert aktuell erklärt, führt das zwingend zu der Frage nach den Gründen – für die behauptete Aktualität und für die gleichwohl sehr begrenzte Resonanz. Zusammenfassend lässt sich dazu im Ergebnis der voranstehend ausgebreiteten Überlegungen einiges sagen:

Dass sich im Ergebnis des mit dem neoliberalen Rollback seit der Mitte der 1970er Jahre vollzogenen Epochenbruchs, der vom herrschenden Politikbetrieb - unbeschadet der sich so weiter auftürmenden „Problemwolken“ (Zinn) - unverändert

spätabsolutistischer Herrschaftsverhältnisse ist. Nach den Jahrhunderten der Säkularisierung hat sich das grundlegend verändert. Zudem ist mit der Geschichtsmächtig gewordenen Verzerrung und Verfälschung von Nietzsches Denken - das die „Herrenmoral“ seines „Übermenschen“ einer „Sklavenmoral“ des Christentums und der Demokratie und des Sozialismus als „modernen Konsequenzen der christlichen Moral-Hypothese“ (Safranski 2000, 308) gegenübergestellt hat - durch die bestialisierende Rassenideologie des Nationalsozialismus, und bis heute immer wieder durch autokratische und diktatorische Herrschaftsverhältnisse, eine gänzlich andere Frontstellung zustande gekommen. Im Ziel der Verteidigung und des weiteren Ausbaus erreichter zivilisatorischer Fortschritte können humanistische Demokraten und Sozialisten und Christen – und ebenso Angehörige anderer Religionsgemeinschaften – gemeinsam streiten.

weiter vorangetrieben wird, im Zeichen der „Subjektivierung von Arbeit“ und des von den Arbeitenden geforderten „Arbeitskraftunternehmertums“ große neue Potentiale für die aktive Beteiligung und das „Selbertun“ der Arbeitsbürger entwickelt haben, steht außer Frage. Aber zugleich verstärken sich eher Prozesse der Erosion politischer Öffentlichkeit, und in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft werden Versuche der Herstellung einer wirklichen arbeitspolitischen Öffentlichkeit auch hier absehbar auf große Widerstände treffen. Nur die verstärkte Partizipation der Einzelnen – gedacht im Bild des „homo oeconomicus“ im „Spiel des Lebens“ (Schirrmacher), das dem neoliberalen Einheitsdenken so selbstverständlich geworden ist -, dürfte auch weiterhin allgemein „gefordert und gefördert“ werden. Die gewerkschaftlichen Anstrengungen, dagegen ihr Projekt einer „Neukombination individueller Partizipations- und kollektiver Mitbestimmungsrechte“ (Urban) zu behaupten, bleiben da äußerst wichtig.

Aber die Gewerkschaften sind in der Defensive. Sie haben ihre langjährig stetigen Mitgliederrückgänge stoppen können; aber Teile ihrer alten institutionellen Macht erodieren. Doch deren immer noch stattliche Reste machen sie hierzulande – natürlich auch angesichts der unverändert erheblichen Stärke der deutschen Wirtschaft auf den globalisierten Märkten - immer noch stärker als in vielen anderen europäischen Staaten. Da ist die Herausforderung zur Erweiterung langjährig bewährter Muster repräsentativer Interessenvertretung nicht leicht zu bewältigen. Auch die Umsetzung einer im Kern zutreffenden Kritik an der noch wie vor konsequent betriebenen Austeritätspolitik in Europa, dem „Triumph gescheiterter Ideen“ (Lessenich), lässt sich schlecht in politische Kampagnen umsetzen, solange die deutsche Wirtschaft auf den globalen Märkten ihre starke Wettbewerbsfähigkeit noch gut behaupten kann. Eine gute papierene Beschlusslage der Gewerkschaften bleibt so hinter der eigenen (arbeits)politischen Praxis zurück. Und da ist es dann ein zusätzliches Problem, wenn einem Projekt Wirtschaftsdemokratie allzu leicht das Etikett angeheftet werden kann, aus der „sozialistischen Mottenkiste“ entnommen zu sein. Trotz aller notwendiger, scharfer Unterscheidung zwischen „alter“ – „neuer“ Wirtschaftsdemokratie, dürfte es außerhalb engerer wissenschaftlicher Diskurse absehbar schwierig bleiben, einen kleinen Rest des Geruchs einer historisch überholten Idee loszuwerden.

Hinzu kommt, dass auch bei einer „neuen Wirtschaftsdemokratie“, die als ein systemimmanentes Reformkonzept weiter Gestalt gewinnen müsste, der Veränderungsanspruch gewaltig ist. Und er muss offensiv begründet werden – gegen ein neoliberales Konzept einer „marktkonformen Demokratie“. Das befördert zwar auch die neoliberal freigesetzte Dynamik des Schleifens der institutionellen Grundlagen der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien; aber es tut dies, hier in Deutschland, immer mit der Behauptung, nichts anderes zu wollen, als die bewährte soziale Marktwirtschaft zu verteidigen und in schwieriger werdenden Zeiten – die vorgeblich wie ein Naturereignis über uns kommen - so gut wie eben möglich zu bewahren. Will man versuchen, dem im politischen Prozess eine Alternative entgegenzusetzen, muss man also zum einen die tatsächliche Veränderungsdynamik

des neoliberalen Projekts in Richtung auf Postdemokratisierung und Refeudalisierung in ihrer ganzen Schärfe und Konsequenz kenntlich machen. Und man muss zum Anderen Vorschläge für ökonomische steuernde Eingriffe konkretisieren und unterbreiten, mittels derer die entfesselte bislang unverändert bestimmende Marktdynamik neu eingebettet werden kann. Wenn man aber so verfährt – getreu dem Motto der Schriftstellerin Ingeborg Bachmann, dass den Menschen die Wahrheit zuzumuten sei -, dann muss man schon die Ängste der Menschen einkalkulieren, die man gewinnen will – Ängste vor der menschlichen Freiheit zu Handeln, und zugleich auch Widerstände gegenüber dem Wagnis von etwas Neuem, dessen Folgen nie vollständig absehbar sind. Daran dass dieses Neue - nämlich die Schaffung eines politischen Raumes und geeigneter Institutionen, die allen BürgerInnen die Möglichkeit zu aktiver politischer Beteiligung eröffnen - eine Forderung ist, die bis in die Anfänge des demokratischen Projekts der Moderne zurückreicht, ist hier zu erinnern. Aber auch solche Erinnerung schafft das Problem des „Abgrunds der Freiheit“ nicht aus der Welt. Es liegt also auf der Hand, dass eine Doppelstrategie schwerfällt, die, im Blick auf die Gewerkschaften, tatsächlich ja auf ein dreischrittiges Vorgehen hinauslaufen müsste, nämlich:

- (1) das Bemühen um die Abwehr der unmittelbaren Folgen des neoliberalen Projekts durch eine „Neukombination individueller Partizipations- und kollektiver Mitbestimmungsrechte“,
- (2) die scharfe Kritik des fortgesetzten neoliberalen Projekts, dem man ausgesetzt ist und dessen negative Folgen man eindämmen will, was nur geht, wenn man, auch noch in seinem Rahmen, Ansprüche auf Mitgestaltung geltend macht, und
- (3) den Versuch aus solchen Gestaltungsanstrengungen heraus aufzuweisen, dass man in deren Vollzug neue Handlungsansätze und Instrumente entwickelt, und weiter und besser entwickeln könnte, mit denen sich ein wirklicher „Kurswechsel“ in Gang setzen ließe.

Allerdings wird man nach meiner Überzeugung nur über einen solchen „Dreischritt“ – bei dem man zugleich den Austausch und die Vernetzung mit anderen „zivilgesellschaftlichen Akteuren“ besser herstellen könnte - in der Lage sein, eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ als ein Reformprogramm zu konzipieren und in tentativen Schritten sukzessive zu konkretisieren und umzusetzen. Im Blick auf die letzten sechs Jahre ist es da eher beunruhigend, dass sich wenig in Richtung auf die Entfaltung einer solchen Doppelstrategie getan hat. Die Sorge ist begründet, dass hierzulande wirkliche praktische Lernprozesse erst dann vollzogen werden können, wenn die Krisenentwicklungen, die die südeuropäischen Staaten längst zutiefst aufrütteln auch in der Mitte Europas deutlicher spürbar werden. Und die Gefahr ist groß, dass dann, wie schon in der Gegenwart, rechtspopulistische Angebote und Versprechen weiter wachsenden Zulauf bekommen.

Literatur:

- Apt, W.; Bovenschulte, M.; Hartmann, E.; Wischmann, S. (2015): Roadmaps ins Jahr 2030, in: BMAS (2016) (Hg.): Arbeiten 4.0, Werkheft 01, Digitalisierung in der Arbeitswelt, Berlin, S. 28-33
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich
- (1979): Vom Leben des Geistes, München-Zürich
 - (1993): Was ist Politik? München Zürich
 - (2003): Denktagebuch, hrsg. von U. Ludz und I. Nordmann, Zürich
 - (2011): Die Lüge in der Politik. Überlegungen zu den Pentagon-Papieren (1971), in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 3/2004, S. 3-18
- Baethge, M. (1991): Arbeit, Vergesellschaftung, Identität. Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit. In: Soziale Welt, Jg. 42, Heft 1, S. 6–19
- Albrecht, T.; Ammermüller, . (2015): Kein Ende der Arbeit in Sicht, in:
- Balibar, E. (2008): Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Bürgerrechte zur Kritik der sozialen Rechte, in: Lindner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen., P. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag, Münster, S. 70-88
- Biesecker, A. (2004): Arbeit und Ökologie – Thesen, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- BMAS (2016) (Hg.): Arbeiten 4.0, Werkheft 01, Digitalisierung in der Arbeitswelt, Berlin
- Boes, A.; Bultmeier, A.; Gül, K.; Kämpf, T.; Langes, B.; Lühr, T.; Marrs, K. Zeigler, A.(2015a).Zwischen Empowerment und digitalem Fließband: Das Unternehmen der Zukunft in der digitalen Gesellschaft, in: Sattelberger, T.; Welp, I.; Boes, A. (Hg.): Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft, Freiburg-München, S.57-73
- Boes, A. Kämpf, T. (2011): Global verteilte Kopfarbeit. Offshoring und der Wandel der Arbeitsbeziehungen, Berlin
- Boes, A.; Trinks, K. (2006): „Theoretisch bin ich frei!“ Interessenhandeln und Mitbestimmung in der IT-Industrie, Berlin
- Bourdieu, P. (2004): Der Staatsadel, Konstanz
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen3/1986, S. 264-278
- Brödner, Peter (2012): „Wissensarbeit zwischen Autonomie und Burn-out“. [Thesenpapier zum FNPA-Workshop ‚Widersprüche von Wissensarbeit. Zwischen Autonomie & Burn-out‘]
http://www.fnpa.de/content/Workshops/2012/FNPA2012_WS_Broedner_Wissensarbeit.pdf,
- Buntenbach, A.; Bsirske, F.; Keller, A.; Lemb, W.; Schäfers, D.; Urban, H. J. (2014): Ist Europa noch zu retten? Analysen und Forderungen für eine offensive Europapolitik, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2014
- Camus, A. (2011): Der Mythos des Sisyphos, Reinbeck bei Hamburg
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Castel, R.; Dörre, K. (Hg.) (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- (2015): Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht, Berlin
- Croucher, R.; Martens, H.; Singe, I. (2007):Employee Network, Union and Works Council: the Siemenskonflikt, in: Relations Industrielle – Industrial Relations, Quebec, Heft 1/2007

- Deckstein, D.; Felixberger, P. (2000): Arbeit neu denken. Wir wir die Chancen der New Economy nutzen können, Frankfurt/New York
- Demirovic, A. (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme - Perspektiven, Münster
- DGB (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, Berlin
- Dienel, P.C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen
- Dörre, K. (2015): Das demokratische Unternehmen – ein zukunftstaugliches Leitbild?, in: Sattelberger, T.; Welp, I.; Boes, A. (Hg.): Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft, Freiburg-München, S.95-113
- Duval, G. (2014): Agenda 2010 und der 2Pakt für Verantwortung“ in Frankreich. Vortrag auf der FN PA-Jahrestagung 2014, www.fnpa.de
- Elias, N. (1985): Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1945), Frankfurt am Main
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft - Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.-Schrift, (nur teilweise veröffentlicht) Göttingen
- FNPA (2016): Zukunft der Arbeit: Individualität-Beteiligung-Solidarität, Jahrestagung, Berlin 10./11. 06. 2016, www.fnpa.de
- Freeland; C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite; Frankfurt am Mai
- Galbraith, J.- K. (2011): Warum wir einen grünen New Deal Brauchen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik(Hg.) (2011): Exit: Mit Links aus der Krise, Berlin, S. 109-117
- Georg, A.; Peter, G. (unter Mitarbeit von U. Dechmann, O. Katenkamp, C. Meyn und A. Peter) (2016): SelbstWertGefühl. Psychosoziale Belastungen in Change-Management-Prozessen. Hamburg
- Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/1994: Programmdebatte „Arbeit 2000 – Wohin steuert die Arbeitswelt?“
- Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J. Scholz, D. Wolf, F. O. (2006): Spandauer Thesen. Für eine neue Politik der Arbeit in einer neuen Zeit, in: dies. (Hg.): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 272-299
- Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main
- (2014): Warum der Ausbau der europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan 4/2014, S. 525-538
 - (2015): Sand im Getriebe. Nicht Banken, sondern Bürger müssen über Europa entscheiden, SZ 23. 06. 2015
- Heinrich-Böll-Stiftung (2016): Update für Demokratie – Ein Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung, in SZ 15.09. 2016
- Hirsch-Kreiensen, H. (2014): Wandel von Produktionsarbeit – Industrie 4.0. Soziologisches Arbeitspapier Nr. 38/2014, TU Dortmund
- Höpner, M. (2015): Der integrationistische Fehlschluss, in: Leviathan, 1/2015, S. 29ff
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechselkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- Jungk, R.; Müllert, N.R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- Katenkamp, O.; Dechmann, U. Guhlemann, K.; Martens, H.; Maylandt, J.; Meyn, C.; Peter, G. mit einem Gastbeitrag von W. Kothe (2016): Betriebsratshandeln zwischen Prävention und Innovation – die Bedeutung der §§ 90/91 BetrVG für die Gestaltung von Restrukturierungsprozessen (im Erscheinen)
- Koepfen, W. (1990): Das Treibhaus, in: ders. Gesammelte Werke II, S. 221-390
- Kohn, J. (2011): Denkwege einer politischen Theorie, in: Heuer, W.; Heiter, B.; Rosenmüller, S. (Hg.): Arendt Handbuch. Leben-Werk-Wirkung, Stuttgart
- Kotthoff, H. (1994): Führungskräfte im Wandel der Firmenkultur, Berlin

- Kotthoff, H. (2016): Arbeit, Arbeitsbewusstsein und Interessenorientierung von hochqualifizierten Angestellten, in: Industrielle Beziehungen, 4/2016, S. 415-439
- Kotthoff, H.; Wagner, A. (2008): Die Leistungsträger. Führungskräfte im Wandel der Firmenkultur, Berlin
- Kreibich, R. (1986): Die Wissenschaftsgesellschaft. Von Galilei bis zur Gich-Tech-Revolution, Frankfurt am Main
- (1997): Wissenschaftsgesellschaft. Entwicklung und Zukunft der Wissenschaftsgesellschaft. Gutachten für den deutschen Bundestag
- Krumbein, W- (2009): Vom Scheitern der ‚großen‘ Kapitalismustheorien im Angesicht von Jahrhundertereignissen, in: Krumbein, W.; Bischoff, J. (2009): Krisendeutungen. Ist marxistische Kapitalismustheorie auf der Höhe der Zeit?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2009, S.2-29
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a.M./NewYork
- (2012): Vergesst die Krise! Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen, Frankfurt a. M./New York
- Kurzweil, R. (2000): Homo S@piens. Leben im 21. Jahrhundert. Was bleibt vom Menschen? Düsseldorf
- LAG 21 (o.J.): Nachhaltigkeitsbericht NRW Kommunal, Dortmund; www.lag21.de/Dokumente/Dokumentationen/Abschlussdokumentation_Rio_20_NRW_final.pdf
- Lesch, H.; Kamphausen, K. (2016): Die Menschheit schafft sich ab, Grünwald
- Leggewie, C.; Welzer, H. (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt am Main
- Lehndorff, S. (2011): „Besser statt billiger“ als Türöffner der Gewerkschaft? Anregungen aus einer gewerkschaftlichen Innovationskampagne für die „Trade union revitalisation studies“, in: Haipeter, T.; Dörre, K. (Hg.): Gewerkschaftliche Modernisierung, Wiesbaden
- (2012): „Besser statt billiger“ Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn. in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg, S. 203-221
- Lieb, A. (2009): Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt? Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten, Münster
- Mann, T. (1977): Schopenhauer, in: Haffmanns, G. (Hg.): Über Arthur Schopenhauer, Zürich, S. 87-132
- Martens, H. (2001): Neue Arbeit – Neue Gesellschaft – thematische Einführung, in: Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York, S. 11-26
- (2001/2014): Kurzweils Traum, www.drhelmutmartens.de
 - (2005): Nach dem Ende des Hype. Zwischen Interessenvertretungsarbeit und Arbeitspolitik, Münster
 - (2007): Industriesoziologie im Aufbruch? Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, Münster
 - (2008): Primäre und sekundäre Arbeitspolitik und Öffentlichkeit. Zum Nutzen einer analytischen Unterscheidung in der Debatte um die Revitalisierung der Gewerkschaften, in: Lindner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen, P. (Hg.) (2008): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Frieder O. Wolf, Münster
 - (2010) Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
 - (2012/2016): „Wissensgesellschaft“ oder „Epochenbruch“? Herausforderungen einer neuen Politik der Arbeit. Wissensarbeit im Zeitalter einer neuerlichen „digitalen Transformation“ im Zeichen von Industrie und Arbeit 4.0 und das Verhältnis der WissensarbeiterInnen zu den Gewerkschaften, www.drhelmutmartens.de
 - (2013/2016): Hannah Arendt und der politische Humanismus, www.drhelmutmartens.de
 - (2014a): Politische Subjektivierung und ein neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Foucault und Rancière zusammen- und weiter denken, Münster

- (2014b): Denis Diderot und das vergessene Erbe der Aufklärung. Die radikale Aufklärung als Inspiration und Warnung angesichts der Träume der westlichen Zivilisation, www.drhelmutmartens.de
 - (2014c): Am Anfang steht die Handlung – am Ende ein „losgelassener Verzehrungsprozess“? Die Krise des demokratischen Projekts der Moderne im Licht von Michael Thomasellos Konzept der geteilten Intentionalität, www.drhelmutmartens.de
 - (2015): Alte und neue Wirtschaftsdemokratie, in: Sozialismus 2/2015, S. 44-48
 - (2016a): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik, Hamburg
 - (2016b): „Wissensgesellschaft“ oder „Epochenbruch“? Herausforderungen einer neuen Politik der Arbeit. Wissensarbeit im Zeitalter einer neuerlichen „digitalen Transformation“ im Zeichen von Industrie und Arbeit 4.0 und das Verhältnis der WissensarbeiterInnen zu den Gewerkschaften, www.drhelmutmartens.de
 - (2016c): Vom Fortschrittsoptimismus der Aufklärung über den Bruch ihrer Emanzipationsversprechen zu einer nüchternen Einschätzung vor uns liegender Möglichkeitsräume, www.drhelmutmartens.de
 - (2016d): In der traurigen Lage der Cassandra unter den Trojanern – der als Romancier verstummende Schriftsteller Wolfgang Koeppen, www.drhelmutmartens.de
 - (2016e): Arbeit, in: Cancik, H.; Groschop, H.; Wolf, F. O. (Hg.) (2016): Humanismus: Grundbegriffe, Berlin/Boston, S. 99-106
 - (2017): Hegels Geschichtsmetaphysik, Schopenhauers platonische Metaphysik des Willens, Nietzsches dionysisch-rauschhafte Feier der Welt – Herausforderungen an das Denken der radikalen französischen Aufklärung neu anzuknüpfen, www.drhelmutmartens.de
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstaubeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York,
- Martens, H.; Scholz, D.(2011): Wirtschaftsdemokratie neu denken, www.FNPA.de
- Mason, P. (2016): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin
- Meine, H.; Schumann, M.; Urban, H.-J. (Hg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg
- Merkel, A. (2011): Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal Pedro Passos Coelho, Berlin 01.09. 2011
- (2013): Rede der Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum, www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos
- Moldaschl, M. (2002): Foucaults Brille, in: Subjektivierung der Arbeit, Reihe Arbeit. Innovation, Nachhaltigkeit, Bd. 1, München/Mering, S. 135-167
- Moldaschl, M.; Voß, G. G. (Hg.) (2002): Subjektivierung der Arbeit, München und Mering
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Neckel, S. (2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Oertzen, P. v. 1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- Peter, G. (Hg.) (2007): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg
- (2009): Für eine demokratische Erneuerung der Arbeitsgesellschaft, in: Neuendorff, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – Ein Modell im Widerstreit, Hamburg, S. 68-82
 - (2012): Primäre Arbeitspolitik und kooperative Arbeitswissenschaften – Erfahrungen und Perspektiven, in: Fricke, W. Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg, S. 111-128

- Pfeiffer, S. (2017): „Demokratisierung von Innovation“, Vortrag auf der Tagung „Wirtschaftsdemokratie neu denken“, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 16. bis 18.02. 2017, Foliensatz und eigene Mitschrift
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München
- Plessner, H. (1928/1975): Die Stufen des Organischen und der Mensch. Einleitung in die Philosophische Anthropologie, Berlin
- (1937): Die Aufgabe der Philosophischen Anthropologie, in: ders (1983) Gesammelte Schriften VIII, Frankfurt am Main S. 33-51
 - (1956): Die Funktion des Sports in der industriellen Gesellschaft, In: ders. Gesammelte Schriften X, Frankfurt am Main, S. 147-166
 - (1962): Die Emanzipation der Macht, in: ders. (1981) Gesammelte Schriften V, Frankfurt am Main, S. 259-282
 - (1965): Der Mensch als Naturereignis, in: ders. Gesammelte Schriften VIII, S. 267-283
 - (1968): Der Kategorische Konjunktiv: Ein Versuch über die Leidenschaft. In: Gesammelte Schriften VIII, Frankfurt am Main (1983), S. 338-352
 - (1973): Der Aussagewert der Philosophischen Anthropologie. In: Gesammelte Schriften VIII, Frankfurt am Main (1983), S. 380-399
- Rancière, J., (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt am Main
- Rest, J. (2015): Das App-Proletariat, in: Berliner Zeitung 21. 04. 2015
- Roesler, J. (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010
- Safranski, R. (2015): Zeit. Was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen, München
- Sattelberger, T. (2015) Abhängiger oder souveräner Unternehmensbürger – der Mensch in der Aera der Digitalisierung, in Sattelberger, T.; Welpel, I.; Boes, A. (Hg.): Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft, Freiburg-München, S.33-53
- (2017): Packen wir's an, in: Liberal. Das Magazin für die Freiheit, Friedrich-Naumann-Stiftung, 02,2017, S. 22-25
- Sattelberger, T.; Welpel, I.; Boes, A. (Hg.): Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft, Freiburg-München
- Sauer, D. (2005): Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen, Hamburg
- Scharpf, F. W. (2015): Das Dilemma der Supranationalen Demokratie in Europa, in: Leviathan 1/2015, S. 11-28
- Schirrmacher, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Schmidt, A. (1977): Schopenhauer; Horkheimer, Glücksproblem. Drei Studien über Materialismus, München Wien
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Segbers, F.; Wiesgickl, S. (2015): Diese Wirtschaft tötet, Hamburg
- Sennett, R. (1998): Der flexible Mensch, Berlin
- (2015) Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, München
- Tomasello M. (2009): Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation, Frankfurt a. M. (Neuaufgabe 2011)
- Twain; M., Warner, C. D.; neu herausgegeben von Jürgens D. (2010). Das vergoldete Zeitalter. Eine Geschichte von heute. (Books on Demand)
- Urban, H.—J. (2016): Digitale Visionen als Leitbilder? Plädoyer für einen Digitalisierungsrealismus in der Arbeitspolitik, in: Sozialismus, 2/2016, S. 47-55
- Vester, M.; Teiwes-Kügler, C. (2007): Unruhe in der Mitte. Die geprellten Leistungsträger des Aufschwungs, in: WSI-Mitteilungen 5/2007, S. 231-237
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Wesche, T. (2014): Demokratie und ihr Eigentum. Von der Marktwirtschaft zur Wirtschaftsdemokratie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 3/2014, 443-486
- Wetzel, M. (Hg.) (2015): Beteiligen und Mitbestimmen. Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.

- Wolf, F. O. (2001): Selberausbeutung im Übergang wohin? Überlegungen zur „neuen Arbeit“ im Hinblick auf ihre Gestaltungsmöglichkeiten, in: Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York, S. 208-23
- (2002): Radikale Philosophie, Münster
- Zinn, K. G. (2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76
- (2015): Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, Hamburg
 - (2016): Vom Industriekapitalismus zum Neofeudalismus. Überlegungen zu einer Zukunft auslaufenden Wirtschaftswachstums, Manuskript, erscheint in: AK-Postwachstum (Hg.): Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistischen Lebensweise, Frankfurt/New York